

# VORAN

MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SPD, JUSO UND GEWERKSCHAFT

60 Pf.  
Nr. 20  
März/April

"Man braucht sicher zur Zeit noch keine Parallelen zu den 30er Jahren zu ziehen, in denen die Beschränkungen im Welthandel mit zu großen Krisen beitrugen... Doch die Warnzeichen sind unübersehbar."

Dieses bedrohliche Bild malt das Sprachrohr der Unternehmer, die Frankfurter Allgemeine, in ihrer letzten Ausgabe vom 28.2.77 unter der Überschrift "Gefahr für den Welthandel".

Es ist kein Zufall, daß in den Worten und Stellungnahmen der bürgerlichen Politiker und Journalisten immer mehr die Erinnerung an die 30er Jahre auftaucht.



Denn die Schönwetterphase des internationalen Kapitalismus ist endgültig vorüber. Nach langen Jahren des einigermaßen "freien" Welthandels drohen jetzt immer mehr Staaten mit Einfuhrbeschränkungen. Regierungen rufen die einheimische Bevölkerung auf, nur inländische Zeugnisse zu kaufen. Teilweise sind bereits in einigen Ländern auf bestimmte Güter Einfuhrzölle erhoben worden. Wenn diese Politik international konsequent fortgesetzt werden sollte, dann hätte dies besonders für die Bundesrepublik katastrophale Folgen: Da jeder vierte Arbeitsplatz direkt vom Export abhängig ist, würden wesentliche Einfuhrbeschränkungen bei den

## KEIN ZURÜCK IN DIE 30ER JAHRE!

Angela  
Bankert

wichtigsten Handelspartnern sofort zu erschreckenden Auftragsrückgängen und Entlassungen führen.

Aber nicht nur auf Kosten ihrer ausländischen Konkurrenten versuchen die Kapitalisten, ihre Gewinnspannen zu erhöhen. Wie in den 30er Jahren ist es jetzt auch wieder hauptsächlich die breite Masse der Arbeiter und Angestellten, die die Krise des Kapitalismus ausbaden soll. Das Rezept, das den Arbeitern in ganz Europa vorgesetzt wird, lautet: Lebensstandard einschränken und auf Sozialleistungen verzichten. Die "goldenen Jahre" der "Vollbeschäftigung" sind ebenfalls vorüber.

Wo ist der vor 2 Jahren versprochene Aufschwung geblieben?

Das Eisenwerk in Neunkirchen will 960 Mann entlassen, Mannesmann in Düsseldorf will 1800 an die Luft setzen. Beim Stahlwerk Röchling-Burbach in Völklingen sollen 1300 den Arbeitsplatz verlieren, 1200 Arbeiter und Angestellte bei Felten & Guillaume in Köln dürfen den Hut nehmen. "Aufschwung" ist für die meisten Arbeiter ein Fremdwort geworden.

Düstere Erinnerungen an die Zeit

zwischen den beiden Weltkriegen tauchen da nicht zufällig auf. Unsere Väter und Großväter werden sich noch an 1932 erinnern, als in Deutschland 6 Millionen Menschen arbeitslos waren und sich kaum über Wasser halten konnten. Sollen wir wieder zurückfallen in die Barbarei der 30er Jahre?

Uns wird in diesem System nichts geschenkt. In Unna und Ennepetal mußte in zwei Metallbetrieben gestreikt werden, weil die Bosse versucht hatten, die ausgehandelten Lohntarife zu unterlaufen.

Damals wie heute sind es die Arbeiter, Angestellten, Rentner und Jugendlichen, die die Suppe auslöffeln sollen, die ihnen die Großkonzerne und Großbanken und ihr System einzubrocken versuchen. Nicht um den Menschen geht es - sondern um den Profit.

Zu Recht schreibt das Godesberger Programm der SPD über die gesellschaftlichen Kräfte, die die kapitalistische Welt aufgebaut haben:

"Ihre Geschichte ist eine imponierende Entfaltung technischen und wirtschaftlichen Aufschwungs, aber auch eine Kette verheerender Kriege, ent-

eignender Inflationen und wirtschaftlicher Unsicherheit."

An anderer Stelle heißt es im Godesberger Programm:

"Wo mit anderen Mitteln eine gesunde Ordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse nicht gewährleistet werden kann, ist Gemeineigentum zweckmäßig und notwendig." Wer wollte schon die bestehende Ordnung "gesund" nennen? Und zwar gesund nicht im Sinne der Taschen der Konzernherren und Bankiers, sondern gesund im Sinne der Arbeiterfamilien. Eine Wirtschaftsordnung, die den Menschen Arbeitsplätze und Reallohn raubt, in der man ständig von Unsicherheit über die Zukunft geplagt ist, eine solche Ordnung ist wahrlich nicht gesund!

Und weil die anderen Mittel offensichtlich völlig untauglich sind, ist Gemeineigentum nicht nur zweckmäßig, sondern notwendig. Die Satzung der IG Metall erklärt unter § 2 als eine der Aufgaben und Ziele der Gewerkschaft die "Überführung von Schlüsselindustrien in Gemeineigentum."

Es nützt aber wenig, wenn solche Ziele in Satzungen und Grundsatzprogrammen verstauben und vielleicht einmal am ersten Mai hervorgeholt werden.

SPD und Gewerkschaften müssen jetzt die breite Arbeiterbewegung für die Verstaatlichung der Großkonzerne und Großbanken und für eine demokratische Planwirtschaft überzeugend mobilisieren.

Denn eines muß klar sein: Wenn wir nicht heute die Schaltstellen der wirtschaftlichen Macht in unseren Besitz und in unsere Kontrolle bekommen, dann droht uns in der Tat eine Rückkehr in die 30er Jahre.

## STOPPT DIE ATOMKRAFTWERKE

Kurt  
Pfeifle

FÜR EINE SOZIALISTISCHE ENERGIEPOLITIK!

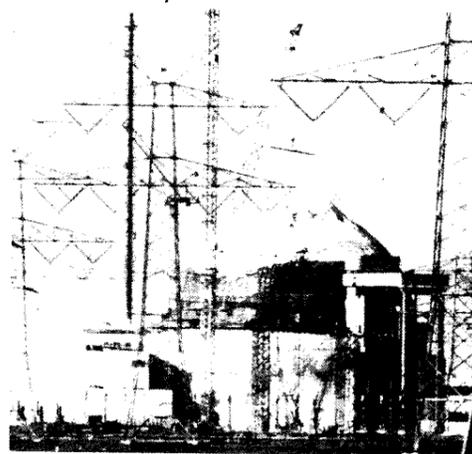
In den letzten Jahren und Monaten hat die Diskussion um den Bau von Kernkraftwerken in der ganzen Welt zugenommen. In direkt betroffenen Gebieten haben sich die Bewohner mit kämpferischen Aktionen erfolgreich gegen den Bau zur Wehr gesetzt.

### PROFITWIRTSCHAFT

Angesichts der offensichtlichen Gefahren könnte man sich wundern, warum dann KKW's überhaupt noch gebaut werden. Im kapitalistischen Profitsystem - in dem nur nach den Gewinninteressen weniger und nicht zur Befriedigung der Bedürfnisse aller produziert wird - ist es nichts Neues, daß Raubbau an der Natur betrieben

wird und die Umwelt (und damit Lebensgrundlage) des Menschen wegen der ungeheuren Profitgier weniger Besitzender zerstört wird.

Schon Marx und Engels haben beobachtet, wie in den Kolonien riesenhafte Monokulturen (z. B. Kaffee) angelegt wurden, weil sie am profitabelsten waren. Die kurzfristige Jagd nach Profit zerstörte also langfristig die Fruchtbarkeit des Bodens und damit die Grundlage der Profite. Die Monokulturen saugten sehr rasch die Mineralstoffe einseitig aus der Erde. Kein Wachstum war mehr möglich, die nackte Erde war der Auswaschung durch Regen und Wind preisgegeben. Nach wenigen Jahrzehnten blieb nur noch der nackte Fels, der Bebauung auf Jahrhunderte hin unmöglich machte.



Marx und Engels zogen aus dieser Tatsache die Schlußfolgerung, daß man solcher Schwierigkeiten nur in einer langfristig geplanten Wirtschaftsordnung Herr werden kann, in der die Produktion verschiedener Industriezweige harmonisch aufeinander abgestimmt ist.

### GROSSKONZERNE

Unser kapitalistisches Wirtschaftssystem ist gerade das Gegenteil einer solchen Ordnung. Anarchie, Chaos und Zerstörung herrschen vor. Wenige Großkonzerne beherrschen die gesamte Industrie und den Staat. Im Energiebereich ist die Monopolisie-

rung wahrscheinlich am größten in allen Industriezweigen.

Der Abbau der Uranlager (dies ist der Ausgangsstoff vieler KKW's) liegt in der Hand der 7 größten Ölkonzerne der Welt. Die Energieerzeugung in der BRD wird von privatwirtschaftlich organisierten Unternehmern (Aktiengesellschaften) betrieben. Zwar sind sie anteilmäßig zu 50-70% in den Händen des Staates, der Rest gehört jedoch den großen Energiekonzernen. Der größte Reaktorhersteller der BRD, die Kraftwerksunion (KWU) ist eine 100%ige Tochter des Siemenskonzerns. Weiter S. 8

## ARTIKEL ÜBER

- CIA und Arbeiterbewegung..... S. 2
- Jungsozialisten..... S. 3
- Rußland 1917..... S. 4, 5
- Franco und der spanische Faschismus..... S. 5
- Planwirtschaft..... S. 6
- Berufsverbote..... S. 6
- Arbeitslosigkeit..... S. 7, 8
- Beamte..... S. 7

# VORAN

VORAN! zur sozialistischen Demokratie  
Überregionale marxistische Zeitung  
für SPD, Juso und Gewerkschaft  
Erscheint seit Dezember 1973

Redaktionsanschrift: VORAN  
Hammesberger Str. 75  
563 Remscheid

Konto: Postscheckamt Essen,  
H.G. Öfing, 170 20 433

Verantwortlicher Redakteur:  
Hans-Gerd Öfing

## Reformen und Geld

1972 erreichte die SPD mit 45,8 Prozent den größten Wahlsieg ihrer Geschichte. Das Wahlprogramm von damals sah umfangreiche Reformen in allen Bereichen sowie eine Steuerreform zugunsten der breiten Masse der Arbeiter und Angestellten vor. 1975 kamen dann ein halbes Jahr nach der Steuerreform die Beschlüsse zur "Konsolidierung der Staatsfinanzen", nach denen einige Steuern erhöht und wichtige Bereiche der öffentlichen Ausgaben gekürzt wurden. Mit dem Bundeshaushalt 1977 sind uns jetzt endgültig alle Hoffnungen genommen. Die dringend benötigten Reformen und die steuerliche Entlastung der arbeitenden Bevölkerung wurden endgültig verjagt. Ohne Steuererhöhungen, so sagte Finanzminister Apel vor der Presse in Bonn, können weder die versprochenen Steuerentlastungen noch die Verschuldung abgebaut werden. Zu Deutsch: Erst müßt ihr mehr Steuern zahlen, bevor wir überhaupt daran denken können, Euch wieder etwas zu gewährleisten. "Nicht alle Träume werden reifen" nach Apels Auskunft für die Ausbildungsförderung der Schüler und Studenten? Außerdem wird "das Wohngeld nicht so stark erhöht wie erwartet".

Apel rechnete vor, daß die Verschuldung mit 22,8 Milliarden DM "hart unter der Obergrenze" des verfassungsrechtlich Zulässigen sei. Es ist immer dasselbe: Wenn Rentner, Jugendliche, Arbeiter und Angestellte berechnete Forderungen stellen, müssen sie immer wieder das eine Argument hören: Es ist schon richtig, aber wir haben kein Geld dazu.

WO IST ABER DANN DAS GANZE GELD GEBLIEBEN?  
WESTFALB FEHLT ES JETZT?

Die Rezession hat eine tiefe Lücke hinterlassen. Die Arbeitslosigkeit (eine direkte Folge der Unplanbarkeit des Kapitalismus) hat einen Steuerausfall in Milliardenhöhe zur Folge gehabt. Gleichzeitig muß der Staat jedoch jährlich weit über 10 Milliarden an Arbeitslosenunterstützung auszahlen. Dazu kommt noch der ungeheure Produktionsausfall - auch Milliarden von DM - durch nicht ausgenutzte, brachliegende Arbeitskraft. Die Verschuldung des Bundes, der Länder, Gemeinden und von Bundesunternehmen wie der Bundesbahn führt dazu, daß die Zinsschuld an die privaten Geldgeber und Großbanken immer größer wird.

In den letzten Jahren wurden -zig Milliarden Mark auf die eine oder andere Weise an die Unternehmer ausgegeben, angeblich um damit Arbeitsplätze zu schaffen. Allein das Steuergeschenk von 1,2 Milliarden an Flick hatte dazu ausgereicht, einer Million Rentner ein Jahr lang monatlich 100 DM Rente mehr zu bezahlen.

Dazu kommen natürlich noch Ausgabenbereiche, die auf keinen Fall angetastet werden "dürfen" - wie die Bundeswehr, die Gelder für Abgeordnete, Minister und hohe Beamte, für Staatsempfänge und Sonstiges.

Das Geld könnte also schon beschafft werden, und zum Himmel schreiende Mißstände gibt es genügend.

Nur kann eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung in einer kapitalistischen Krise nicht gleichzeitig den Unternehmern und der breiten Masse der Bevölkerung dienen. - So wird uns eben erzählt - erst müssen die Unternehmer wieder Vertrauen gewinnen; dann können wir über konkrete Reformen reden.

Die Vorrechte der herrschenden Klassen zu beseitigen und allen Menschen Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand zu bringen - das war und das ist der Sinn des Sozialismus. SO HEISST ES IM GODESBERGER GRUNDSATZPROGRAMM UNSERER PARTEI. DIES IST EIN KLARER AUFTRAG AN UNSERE PARTEIFÜHRUNG, JETZT ENDGÜLTIG ALLEN ERPRESSUNGSVERSUCHEN VON KAPITAL UND FDP ZU WIDERSTEHEN. SONST DROHT UNVERMEIDLICH EINE NOCH VIEL SCHLIMMERE WAHLNIEDERLAGE UND EINE NOCH GRÖßERE DEMORALISIERUNG UND VERWIRRUNG IN DER BREITEN ARBEITERBEWEGUNG.



## Die Wahrheit muß ans Licht!

Es ist seit längerem bekannt, daß der amerikanische Geheimdienst CIA bei einer Reihe von Rechts-Putschen und Umstürzen seine Finger im Spiel hatte und CIA-Gelder an Staatsmänner in aller Welt flossen, damit sie gehorsam das Interesse der USA und des internationalen Kapitals vertreten würden. Kürzlich wurde wieder eine lange Liste mit Namen amtierender und ehemaliger Staatsoberhäupter und Regierungschefs aller Erdteile genannt-darunter König Hussein von Jordanien, Erzbischof Makarios von Zypern, Tschiang Kai-scheck (Taiwan), der chilenische Christdemokrat und ehemalige Präsident Frei.

Aber aus dem Bericht eines amerikanischen

Senatsausschusses über "geheime Aktivitäten" in den Jahren 1953-61 geht auch hervor, daß sich die CIA auch besonders um die internationale Arbeiterbewegung gekümmert haben muß. Dort ist die Rede von "finanzieller Unterstützung an einzelne Kandidaten, Subventionen an Publikationen einschließlich Zeitungen und Zeitschriften in örtlichen und nationalen Gewerkschaften". Besonders gefördert wurden demnach auch Persönlichkeiten in der Arbeiterbewegung, die eine pro-westliche Führung bilden konnten. Um eine internationale antikommunistische Ideologie zu entwickeln, versuchte die CIA auch, internationale Jugend-, Studenten-, Lehrer-, Arbeiter-, Journalisten- und Juristenorganisationen aufzubauen.

## CIA unterwandert Labour Party

In Großbritannien sind vor allem durch einen amerikanischen Reporter und einen ehemaligen CIA-Agenten viele aufschlußreiche Informationen ans Tageslicht gelangt. Angeblich aus "Sicherheitsgründen" wurden diese beiden abgeschoben. Sie waren dabei, die Vergangenheit (vor allem politisch und finanziell) einiger bekannten Labour-Führer zu veröffentlichen. Daß man sich gegen Unwahrheiten wehren muß, die einem als Sozialdemokrat vorgeworfen werden, das wissen vor allem die Linken in diesen Parteien nur zu gut; denn sie werden erst recht von der Presse angegriffen. Aber daß zwei Amerikaner mit ihren angeblichen Verleumdungen so eine Gefahr bedeuten könnten, das läßt auf andere Schlußfolgerungen schließen. Oder hat die Labour-Regierung auch noch vor, die Konservativen und ihre Presse abzuschließen? Denn gerade sie werden dafür finanziert, die Linke im Lande zu diffamieren.

Kürzlich kam ans Tageslicht, daß rechte Minister der Labour Party in den 50er und 60er Jahren für Zeitschriften und Organisationen arbeiteten, die ihre Gelder vom Geheimdienst CIA bezogen. Unter ihnen wurden genannt: Denis Healey (Schatzkanzler), Anthony Crosland (kürzlich verstorbener Außenminister) und William Rodgers (Verkehrsminister).

Selbst Harold Wilson, ehemaliger Premierminister und Mitträger der Hetzkampagne gegen die Linken in der Labour Partei, gerät jetzt ins Kreuzfeuer. Neulich wurde veröffentlicht, wie der Genosse zwischen 1970 und 1974 von "geistig ihm nahestehenden" Unternehmensfinanziert wurde. Mithelfer

waren der millionenschwere Vorsitzende eines Lotteriekonzerns, ein multi-Millionär und Spekulant und der Londoner Vertreter einer schweizerischen Bank. Der Grund: "Weil wir alle hinter seiner (Wilson) Art von Sozialismus standen". Es wird behauptet, daß er £20.000 pro Jahr bekam, um seine "Bürokosten" mitzutragen, als Labour noch in der Opposition war. Außerdem hat 1973 Lord Plurenden (der damals Sir Sigmund Sternberg genannt wurde) einen weiteren Fond von £ 40.000 eingerichtet, um "Sonderberater" für das Schattenkabinett Labours einstellen zu lassen. So weit sind die Kapitalisten bereit zu gehen, wenn sie meinen, dadurch können sie die Politik, Richtung, Funktionäre und öffentliche Vertreter der Labour Party beeinflussen.

Selbstverständlich haben diese Enthüllungen bei der Presse nicht so viel Platz gefunden, wie die Kampagne gegen die Linken. Es hat jedoch schon einige Reaktionen unter linken Abgeordneten der Labour Party gegeben, z.B. von Denis Skinner: "ES IST HÖCHSTE ZEIT, DASS DIE LABOUR-VERWALTUNG DIESEN ELEGANTEN WOHLTÄTERN UND IHRER UNTERWANDERUNG DER LABOUR PARTY GROSSE AUFMERKSAMKEIT WIDMET, ANSTATT DIE GANZE ZEIT HEXENJAGDEN GEGEN DIE AKTIVITÄTEN DERER ZU ORGANISIEREN, DIE FÜR EINE SOZIALISTISCHE GESELLSCHAFT KÄMPFEN".

Die Diskussion über CIA und die Führung der Arbeiterparteien wird weitergehen - wir werden weitere Berichte bringen.



## SOZIALHILFE

Erschreckende Zahlen über die Einkommensverhältnisse älterer Menschen in Nordrhein-Westfalen hat kürzlich Arbeits- und Sozialminister Fahrtrmann bekanntgegeben. Erhebungen, die allerdings schon 1973 gemacht wurden, besagen, daß 10% der über 60jährigen mit weniger als 300 DM auskommen müssen; 29% zwischen 300 und 600 DM und 21% zwischen 600 und 800 DM verdienen. Inzwischen sind Renten und Preise gestiegen, aber nach wie vor lebenviele Rentner gerade am Existenzminimum.

Das Kölner Institut für Sozialforschung und Sozialpolitik kam zu dem Untersuchungsergebnis, daß die Hälfte der alten Menschen mit Anspruch auf Sozialhilfe davon keinen Gebrauch machen, weil sie befürchten, "den letzten Rest Anerkennung zu verlieren". Wer schon einmal mit dem Sozialamt zu tun gehabt hat, der wird sich darüber kaum wundern. Jedenfalls können Menschen, die dort schon öfters waren berichten, wie man

Viele Hausfrauen sind gezwungen, als Raumpflegerinnen noch nebenher ein paar Mark zu verdienen, um die Haushaltskasse aufzufüllen oder Schulden zurückzuzahlen. Aber auch hier gibt es nur unerfreuliche Aussichten. Der Hamburger Senat hat jetzt ausgerechnet, wie auf dem Rücken der Raumpflegerinnen 22 Millionen eingespart werden können; indem nämlich nicht nur ein Viertel, sondern die Hälfte der staatlichen Gebäude in Hamburg von privaten Reinigungsunter-



nehmen sauber gemacht wird. Das geht ganz einfach: Eine direkt staatlich angestellte Putzfrau erhält 8,40 DM Stundenlohn, eine Putzfrau bei einem privaten Unternehmen dagegen nur 6,15 DM. Ähnlich haben es viele Städte und Landkreise bereits gemacht. Für diejenigen Putzfrauen, die weiterarbeiten können, bedeutet diese Sparmaßnahme nur eines: verschärfte Arbeitshetze bei weniger Lohn und weniger Sozialleistungen.

## RAUMPFLEGERINNEN

nehmen sauber gemacht wird. Das geht ganz einfach: Eine direkt staatlich angestellte Putzfrau erhält 8,40 DM Stundenlohn, eine Putzfrau bei einem privaten Unternehmen dagegen nur 6,15 DM. Ähnlich haben es viele Städte und Landkreise bereits gemacht. Für diejenigen Putzfrauen, die weiterarbeiten können, bedeutet diese Sparmaßnahme nur eines: verschärfte Arbeitshetze bei weniger Lohn und weniger Sozialleistungen.

In den Jahren nach dem Krieg lag den USA besonders daran, in Westdeutschland ein stabiles Bollwerk gegen den Kommunismus aufzubauen. In diesem Zusammenhang flossen massive CIA-Spenden an westdeutsche und westberliner Parteien und Gewerkschaften. Nun berichteten in letzter Zeit auch einige deutsche und ausländische Zeitungen, daß auch Willy Brandt einer jener Politiker gewesen sein soll, die CIA-Gelder bekommen haben. Einige Meldungen sind bereits demontiert worden, aber es steht auf jeden Fall fest, daß in der Nachkriegszeit gute Verbindungen zwischen USA und westdeutschen SPD und Gewerkschaftsführern bestanden. Damals war in West-Berlin das Ost-Büro der SPD tätig. Es lieferte Informationen über SED und DDR auch an den amerikanischen Geheimdienst.

Auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges bestanden enge Verbindungen zwischen amerikanischen Geheimdienstoffizieren und SPD-Führern. Wie in anderen Ländern so hat die CIA wohl auch in Westdeutschland versucht, SPD- und Gewerkschaftsführer für eine klare pro-westliche Politik zu gewinnen.

Es ist natürlich klar, daß die Springerpresse, reaktionäre Journalisten und Politiker in solchen Informationsbrocken oder Vorwürfen über angebliche CIA-Gelder für Willy Brandt und die SPD der Nachkriegszeit ein gefundenes Fressen finden, um die Sozialdemokratie insgesamt zu verwirren, die Mitgliedschaft zu demoralisieren und die CDU/CSU wieder an die Macht zu bringen. Aber auftauchende Berichte über Verbindungen zwischen CIA und der deutschen Arbeiterbewegung erfordern im Interesse der Bewegung eine lückenlose Aufklärung. Die aktiven SPD- und Gewerkschaftsführer haben ein Recht darauf zu erfahren, ob, woher und wohin Gelder geflossen sind. Wenn der SPD-Bundesgeschäftsführer Bahr heute nicht mehr nachforschen will, welche Parteien und Organisationen in der Nachkriegszeit Geld von der CIA bekamen und wörtlich sagt: "Ich glaube nicht, daß uns danach wohlher wäre", dann werden die Gerüchte sicher nicht verschwinden. Deshalb muß jetzt die volle Wahrheit ans Licht.

## KÄLTETOD

"Sie lag tot auf dem Boden in einem Sarg aus Eis. Eis bedeckte die Wände von unten bis oben. Das Fenster war dick verkrustet mit Eis. Im ersten Stock lag der Onkel im Bett - erfroren..."

Diese schaurige Geschichte stammt nicht etwa von einer Polar oder Himalaya-Expedition. Sie stammt aus dem Bericht der USA-Korrespondentin der "Frankfurter Rundschau" (4.2.77) -aus dem "Land der unbegrenzten Möglichkeiten". Sie spielte in New York.

Als eine Kältewelle in den ersten Wochen dieses Jahres weite Teile der USA heimsuchte, war schon vorprogrammiert, daß hunderte von Leuten den Kältetod sterben sollten. In den USA ist "die Ansicht weit verbreitet, daß eine profitgierige Industrie nur auf diesen strengen Winter gewartet hat, um ihre Preisforderungen durchzusetzen, indem sie mutwillig Reserven zurückhält", berichtete die Frankfurter Rundschau. Weiter zitiert sie den Vertreter einer Bürgergruppe, die sich mit Energiepolitik befasst: "Je mehr Leute frieren und arbeitslos sind, je mehr Schulen und Fabriken geschlossen werden, um so einfacher wird es, höhere Preise durchzusetzen. Erst dann wird es wieder Erdgas geben.... Multinationale Ölkonzerne wie Exxon, Mobil, Shell und Gulföfördern auch das Erdgas, das seit zwei Jahrzehnten das billigste und damit begehrteste Energiemittel der USA ist.

Solange die Energieversorgung in den Händen weniger profitgieriger, privater Konzerne bleibt, werden auch in Zukunft in den USA und anderswo Menschen erfrieren müssen, wenn der Winter einmal zu hart wird. Dem Kältetod wird keine Grenze gesetzt, solange die Energiekonzerne nicht ihren Besitzern entrissen und demokratisch von den Arbeitern, Gewerkschaften und Regierungen kontrolliert werden.

## VERSCHLEIß

Wußtest du, das die Hose die du trägst, wahrscheinlich schon ästhetisch verschlissen ist? Auch wenn sie erst drei Monate alt ist? So schreibt die Modebranche noch gute und gutaussehende Kleidung ab - für dich als Käufer. Es wäre nämlich schlimm, wenn wir die Kleider, die wir haben und die noch in Ordnung sind, morgen auch noch tragen würden - für die Modebranche. Darum packt eure Schränke voll mit "ästhetisch verschlissenen Kleidern", damit die Gewinne bei der Modebranche immer weiter steigen können. Wo wären wir, wenn es ästhetisch verschlissene Gewinnraten gäbe??



Auch im abgelaufenen Jahr seit dem letzten Bundeskongress der Jungsozialisten in Dortmund hat sich nichts an der Tatsache geändert, daß die Jungsozialisten hauptsächlich ein Verband von Studenten, Oberschülern und Junglehrern sind. Rein äußerlich drückt sich das darin aus, daß bei den Kongressen auf Bundes- und Bezirksebene hauptsächlich über Berufsverbote, Personal- und Hochschulpolitik leidenschaftlos debattiert wird. Die Themen, die die jungen Arbeiter und Lehrlinge brennend interessieren, werden meistens nur oberflächlich behandelt, aber nie richtig und konsequent besprochen.

Beim Dortmunder Kongress wurden zwei Gewerkschaftsjugendsekretäre in den Bundesvorstand gewählt. "Ihre Wahl ist nicht nur ein Signal nach außen, es ist Unterstreichung eines Arbeitsauftrages der Jungsozialisten" (Bundessekretär Hartmut Heß).

In der Tat sind zwei Gewerkschaftsfunktionäre im Bundesvorstand schon ein Fortschritt, aber das heißt noch nicht automatisch, daß die sozialistischen Ideen in den Betrieben breit bekannt gemacht werden, noch heißt es automatisch, daß jetzt zehntausend aktive Jungarbeiter und Gewerkschafter für die Juso-Arbeit gewonnen werden konnten. **SCHÖNE ABSICHTSERKLÄRUNGEN UND BESCHLÜSSE REICHEN NOCH LÄNGST NICHT AUS, UM DIE JUSOS ZU EINEM ECHTEN KAMPFVERBAND DER JUNGARBEITER UND LEHRLINGE ZU MACHEN.** Und das erst recht nicht, wenn Kongressbeschlüsse erst Monate nach dem Kongress an die Basis versandt werden und die meisten Jusos dieses 83-Seiten dicken Papier erst gar nicht gelesen haben. So hatten die wichtigsten Beschlüsse und Forderungen des Kongresses so gut wie keine Auswirkungen auf die praktische Arbeit in den AGs. In manchen Städten gab es sicherlich einen Zuwachs an neuen Mitgliedern, in anderen Gebieten jedoch ging die Arbeit nur schleppend voran. Besonders neugegründete Arbeitsgemeinschaften und neu eingetretene Jusos haben bisher vom Bundesvorstand keine konkreten Ratschläge und Handlungsanleitungen erhalten, wie man eine lebensfähige AG aufbaut und vergrößert

wie man Lehrlinge, Jungarbeiter und Schüler für die Ideen des Sozialismus gewinnen kann.

In den letzten Monaten haben einzelne Mitglieder des alten Bundesvorstandes unter dem Schlagwort der Umorientierung eine vernichtende Kritik an der bisherigen Praxis der Jungsozialisten geübt. Da hörte man dann plötzlich von diesen Genossen, daß die Doppelstrategie gescheitert sei, daß die Jusos viel zu "akademisch strukturiert" (!) gewesen seien und daß man sich jetzt auf die Betriebsebene hinorientieren müsse.



Man erinnere sich daran, daß noch auf dem Bundeskongress in Wiesbaden 1975 ein Antrag als "Schwachsinn" niedergestimmt wurde, der eben dies feststellte und wörtlich aussagte: "Wenn sie (Jusos, d. Verf.) als politischer Faktor weiterhin Einfluß haben wollen, so müssen sie ihre Arbeit an der Basis umorientieren: weg von den Bürgerinitiativen, Kinderspielplätzen, hin zu den Betrieben und Ausbildungsstätten. ... Wir beauftragen den Bundesvorstand, die Arbeiten zur Erstellung eines Kampfprogrammes der Jusos für die Jungarbeiter zu koordinieren." Es klingt gut und schön, wenn sich diese Notwendigkeit einer Umorientierung jetzt allgemein herumgesprochen hat, aber gleich

zeitig sind jetzt viele Vertreter des Bundesvorstands der Meinung, man dürfe auf gar keinen Fall Reformwartungen wecken oder Ansprüche an die Regierungspolitik stellen, sondern müsse Basisarbeit "unterhalb der parlamentarischen Ebene" betreiben. Wir meinen jedoch, daß die Basisorientierung ohne politisches Programm wenig bringt. Gerade die Jusos müssen eine klare Haltung zur Bundesregierung haben und eine Alternative aufzeigen können.

## MANGELNDE PERSPEKTIVE

Noch 1972 unterstützten die Jusos das Reformprogramm der SPD völlig unkritisch. Obwohl in Theoriepapieren immer das Schlagwort von der "Krisenhaftigkeit des Kapitalismus" auftauchte, schloß man doch eine Krise aus, die das ganze Reformprogramm zum Scheitern bringen würde. Aber gerade dies sollte verstärkt Anlaß sein, um verständlich und praxisbezogen aufzuzeigen, daß Reformen unter kapitalistischen Vorzeichen nie stabil und dauerhaft sein können. Deswegen stellt sich nun unmittelbar die Frage der Überführung der Großkonzerne und -banken in Gemeineigentum. Die Jusos dürfen sich nicht unter die parlamentarische Ebene verkriechen, sondern müssen auf aktuelle und brennende Fragen klare Antworten finden.

## PRAKTISCHE ARBEIT

Für die Jungsozialisten muß es eine vorrangige Aufgabe sein, jeden Kampf der Arbeiter aktiv zu unterstützen. Betriebsstillelegungen, Massenentlassungen, Tarifrunden und Streiks sowie Demonstrationen bieten jedem einzelnen Juso die Gelegenheit zu zeigen, daß er nicht nur in Worten, sondern in Taten die Arbeiter unterstützt. Jeder in Kampf stehende oder von Entlassungen bedrohte Arbeiter benötigt dringend die materielle, moralische und politische Hilfe der Jungsozialisten. Es geht darum, daß die Jungsozialisten ihre Bereitschaft zeigen, aus den Erfahrungen der betroffenen Arbeiter und Jugendlichen zu lernen, diese Erfahrungen politisch zu verallgemeinern und die Schlußfolgerungen daraus zu ziehen. Die aktiven Kämpfer können zu den Versammlungen der Arbeitsgemeinschaften eingeladen werden und über die Situation berichten. So können die Jusos einen echten Kontakt zur Arbeiterbewegung bekommen und auch das Vertrauen der aktivsten Arbeiter gewinnen, um dann eine sozialistische Alternative überzeugend darzulegen.

Dies erfordert jedoch, daß jede Arbeitsgemeinschaft darauf vorbereitet ist, bei Massenentlassungen, Streiks, Demonstrationen und ähnlichem immer sofort zur Stelle zu sein mit praktischer Hilfe, mit politischem Hintergrundmaterial, Zahlen und Argumenten. Es muß auch die Arbeit der einzelnen AGs koordiniert werden, beispielsweise wenn ein Konzern in verschiedenen Städten Arbeiter entläßt oder in verschiedenen Gebieten Kernkraftwerke gebaut werden sollen.

Eines muß klar sein: Dauer- und Jugendarbeitslosigkeit, Rationalisierungsdruck, Bildungsmisere, die Angriffe auf die sozialen Errungenschaften und den Lebensstandard sind eine Masse von dringenden und brennenden Problemen, die mehr und mehr Jugendliche zwingen werden, aktiv dagegen zu kämpfen. Gerade darin liegt - bei richtiger Politik und richtigem Ansatz - die große Chance der Jusos in den nächsten Monaten und Jahren.

Wenn es gelingt, die Probleme der arbeitenden und lernenden Jugend in allen Bereichen aufzugreifen, eine Antwort darauf zu finden und eine klare sozialistische Perspektive, einen Ausweg aus der Krise aufzuzeigen, dann kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Jusos wieder aus der Stagnation herauskommen und ihren Einfluß innerhalb der SPD vergrößern können. Dies heißt aber nicht, daß man Juso-Vorsitzende in hohe Staats- und Parteiämter hievt, sondern daß man für ein klares sozialistisches Programm eine immer breitere Unterstützung unter den aktiven SPD-Mitgliedern findet.

## THEORIE UND PRAXIS

Die Erfahrung unzähliger Arbeitsgemeinschaften hat ein Problem deutlich gemacht: Die harmonische Verbindung von Theorie und Praxis als Hauptaufgabe eines Sozialisten oder Marxisten. Und in vielen Fällen hat man zwischen zwei Extremen geschwankt: Man hat die Notwendigkeit der Theorie eingesehen und sich in eine monatelange nicht jahrelange "Kapital"-Schulung ge-

Hans-Gerd Öfinger

## SPD und Tarifrunde

ANTRAG DES JUSO-UNTERBEZIRKS REMSCHEID ZUM BUNDESKONGRESS

Wir fordern den Parteivorstand auf, bei Tarifrunden klar und unmißverständlich in der Öffentlichkeit Stellung zu beziehen und die Forderungen der Gewerkschaften voll und ganz zu unterstützen, die den Lebensstandard zumindest aufrechterhalten.

Aus der Begründung: Es ist nicht im Interesse der Partei, wenn die Parteiführung in der Tarifrunde schweigt und im Namen der SPD-geführten Bundesregierung der FDP-Wirtschaftsminister die Lohnabschlüsse von 6,9% in der Metallindustrie als "zu Hoch" bezeichnet.

stürzt, war aber nach einiger Zeit davon so frustriert, daß man etwas ganz praktisches machen wollte und so Kinderspielplätze gebaut hat. Viele Genossen haben hauptsächlich Kommunalpolitik betrieben. Aber es ist nicht die Aufgabe einer sozialistischen Jugendorganisation, kommunale Feuerwehre zu spielen, die alle diejenigen Aufgaben übernimmt, die die Gemeinden und Städte nicht erfüllen. In jedem Bereich der Kommunalpolitik sind die Grenzen sichtbar: Fahrpreiserhöhungen, fehlende Schwimmbäder und Kindergärten sind hochpolitische Fragen, die unmittelbar die Frage nach Geld, Eigentum und Macht in der Gesellschaft aufwerfen.

Praktische Juso-Arbeit kann nicht heißen, wie ein Wohltätigkeitsverein irgendwelche Mißstände (von denen es ja Tausende gibt) oberflächlich zu behandeln oder arbeitslosen Jugendlichen Beschäftigungstherapie anzubieten.

Praktische Arbeit - im Rahmen einer klaren Perspektive - soll den Zusammenhang zwischen den alltäglichen Erfahrungen in allen Lebensbereichen und den allgemeinen politischen Fragen deutlich machen. Deshalb muß der neue Bundesvorstand dafür sorgen, daß die Erfahrung der einzelnen Arbeitsgemeinschaften und der Arbeiter insgesamt zusammenstellt und verallgemeinert wird. Dazu ist eine regelmäßig erscheinende Zeitung erforderlich, in der frei und offen über allen aktuellen Probleme diskutiert werden kann und für die jeder Juso unzensurierte Beiträge schreiben kann. Auf dieser Grundlage kann ein echtes Programm entstehen. Dieses Programm hätte die Aufgabe, alle aktuellen Probleme eindeutige Antworten zu geben, Kampfforderung aufzustellen und alle diese Forderungen auf die Notwendigkeit der Überführung der Großkonzerne und Großbanken in Gemeineigentum unter demokratischer Arbeiterkontrolle hinzuführen.

1972 war die Hauptparole der Jungsozialisten "Sozialismus weil's vernünftig ist". 1977 geht es jedoch darum, verständlich aufzuzeigen, daß der Sozialismus nicht nur etwas Vernünftiges ist, sondern daß er dringend notwendig ist. Die wirtschaftliche Krise und die Regierungspolitik der SPD zeigen dies jeden Tag. Mit einem klaren Kampfprogramm bewaffnet könnten die Jungsozialisten heute eine entscheidende Kraft in der Arbeiterjugend und morgen in der gesamten Arbeiterbewegung bilden.

ANTRAG DES JUSO-UNTERBEZIRKS REMSCHEID ZUM BUNDESKONGRESS

Wir fordern den Parteivorstand auf:

1. Die Mitglieds- und Anhängerschaft der SPD über die wahren Schuldigen an der Krise aufzuklären und die Lügen der Unternehmer zu entlarven.
2. Sich offensiv für die Interessen und die Aufrechterhaltung des Lebensstandards der Arbeiter, Angestellten, Hausfrauen, Rentner, Lehrlinge, Schüler und Studenten einzusetzen, d.h. kompromißlos für die Interessen der breiten Mehrheit der Bevölkerung einzutreten.

3. Für die Überführung der Großkonzerne und Großbanken in Gemeineigentum und eine demokratisch geplante und gelenkte Wirtschaft einzutreten und dafür die Arbeiterbewegung breit zu mobilisieren.

## Spanien — Solidarität „Euer Kampf ist unserer“

"Der Kampf für den Sozialismus kennt keine nationalen Grenzen: Ihr und wir kämpfen für die gleichen Ziele. Euer Kampf ist unserer. Wir spanischen Jungsozialisten wissen das und rechnen mit Eurer Hilfe und Solidarität".

Für diese Worte erhielt der Generalsekretär der spanischen Jungsozialisten bei einer Solidaritätsveranstaltung auf dem Dortmunder Juso-Kongress 1976 starken Beifall.

Ohne große und leidenschaftliche Diskussion wurde auch ein Beschluß gefaßt. Die spanischen Jungsozialisten konnten sich davon eine Menge Unterstützung erwarten. So wurde unter anderem folgendes beschlossen:

- Alle Jusos sollen einen möglichst hohen Beitrag für Spanien stiften.
- Es werden Spendenaktionen in der Partei, in den Gewerkschaften und in der Öffentlichkeit veranstaltet.
- Es wird eine breite Propagandakampagne organisiert.
- Material der spanischen Jusos, Sozialistischen Partei und Gewerkschaften sollen übersetzt werden.
- Örtliche Sozialistische Spanien Solidaritätskomitees sollen mit deutschen und spanischen Sozialdemokraten, Jungsozialisten und Gewerkschaftern gegründet werden.

"Die Unterstützung der spanischen Jungsozialisten ist ein vorrangiger Arbeitsschwerpunkt in der internationalen Arbeit der Organisation" - so heißt es wörtlich in dem Beschluß.

Was ist aber aus diesen Beschlüssen geworden? Welche konkreten Beschlüsse sind im abgelaufenen Jahr ausgeführt worden?

Wir meinen, daß internationale Solidarität für unseren eigenen Kampf zu wichtig ist, als daß man sie nur in Worten einmal im Jahr wiederholen sollte. Die spanischen Genossen sind dringend auf jede Mark angewiesen, um eine tragfähige und starke Organisation aufzubauen und ihr Material verbreiten zu können. Der Kampf, den die spanischen Genossen heute führen, wird uns morgen bevorstehen.

Für Marxisten ist internationale Solidarität unentbehrlich und wie Knochen im Körper ein Bestandteil des Kampfes für den Sozialismus in der BRD.

Daher wirft diese Lage für uns die Frage auf inwiefern der Bundesvorstand fähig wäre, sich konsequent für den Sozialismus in der BRD einzusetzen. Denn wie er selbst sicherlich zugeben würde, ist es unmöglich, Sozialismus in einem Land aufzubauen: der Kampf für den Sozialismus ist eine internationale Sache.

So kann man einfach nicht mit Bundeskongressbeschlüssen umgehen. Es gab sicherlich viel zu tun für den Vorstand, aber Spanien war allgemein als vorrangiges Arbeitsfeld anerkannt. Wir fordern daher eine offene Erklärung dieser Mißstände und die Durchführung der schon vor einem Jahr beschlossenen Aufträge und damit auch einen echten proletarischen Internationalismus - einen Internationalismus der Taten.

ANTRAG DES JUSO-UNTERBEZIRKS REMSCHEID ZUM BUNDESKONGRESS

Der neue Juso-Bundesvorstand wird aufgefordert, in diesem Jahr Spanien in den Mittelpunkt seiner internationalen Arbeit zu stellen. Das heißt:

1. Umfangreiche finanzielle Unterstützung für die spanischen Jungsozialisten (FNJSE), Spendensammlungen in allen Unterbezirken und Arbeitsgemeinschaften der Jungsozialisten.
2. Eine breite Kampagne in der BRD für die spanischen Genossen mit Übersetzung und Verbreitung des Materials der FNJSE.
3. Gründung von örtlichen Sozialistischen Spanien-Solidaritätskomitees in jeder größeren Stadt mit deutschen und spanischen Jusos, SPD- und PSOE-Mitgliedern und Gewerkschaftern aus DGB und UGT (sozialistischer Gewerkschaftsbund in Spanien).
4. Veröffentlichung und breite Information in der deutschen Arbeiterbewegung über die Kämpfe der spanischen Arbeiterklasse. Veranstaltungen mit spanischen Genossen über die Lage in Spanien und die Lehren für die BRD.

# NUR DIE ARBEITERKLASSE KONNTE DIE PROBLEME DES RUSSISCHEN VOLKES LÖSEN

Die jüngsten dramatischen Ereignisse auf der iberischen Halbinsel werfen für Sozialisten überall auf der Welt grundlegende Fragen auf. Wenn man die bevorstehende Revolution in Spanien zu verstehen versucht, ist es notwendig, mit der Erfahrung der anderen Revolutionen in der Vergangenheit zu beginnen. Viele lebenswichtige Lehren können aus der Spanischen Revolution 1931-37 gezogen werden, sowie aus der Russischen Revolution, insbesondere der Periode im Gefolge des Sturzes des Zarenismus im Februar 1917.

Die unmittelbare Ursache des Zusammenbruchs des Zarenismus war verknüpft mit einer Reihe von Niederlagen in einem blutigen Krieg. Die ganze latente Spannung trat an die Oberfläche, als sich der Krieg in die Länge zog: Unzufriedenheit in den Städten angesichts der hohen Lebenshaltungskosten, der Land hunger der Bauern, die schwebende Unzufriedenheit der unterdrückten Nationalitäten. Diese Unterströmung der Unruhe fand ihren Ausdruck in den Schützengräben, wo Arbeiter und Bauern einen Krieg verfluchten, der nicht für ihre Interessen geführt wurde. Zudem hatte der Krieg eine ganz neue Generation von jungen Offizieren mit bourgeoiser oder Mittelschicht-Herkunft hervorgebracht, die mit der Korruption und Unfähigkeit ihrer Vorgesetzten unzufrieden waren und - im Gegensatz zur alten aristokratischen Offizierskaste - offen gegenüber dem Druck oppositioneller Stimmungen.

## SPALTUNG DER HERRSCHENDEN

Jede große Revolution beginnt an der Spitze der Gesellschaft. Aus Furcht vor der wachsenden revolutionären Stimmung, die in den Januarstreiks 1916 zum Ausdruck kam, versuchte ein Teil der herrschenden Klasse selbst eine halbherzige "Palastrevolution" mit der Ermordung des berühmten-berühmten Rasputin. Doch anstatt eine Explosion von unten zu verhindern, gab der Anblick einer offenen Spaltung in der herrschenden Klasse dem revolutionären Prozeß einen mächtigen Anstoß.

Die Februarrevolution war eine spontane Massenbewegung. Die Speerspitze des Streiks bildeten die Textilarbeiterinnen, die elendsten und ehemals rückständigsten Teile der Arbeiterklasse. Alle politischen Parteien in Petrograd - zuerst einschließlich der dortigen Bolschewiki - waren von der plötzlichen Wandlung überrascht. Die scheinbare Ruhe und Apathie der frühen Kriegsjahre hatte viele sogenannte Marxisten überzeugt, daß die Arbeiter während des Krieges nicht zu einer Revolution fähig seien. Doch während der ganzen Zeit fand im tiefen Innern der Klasse statt, was Trotzki den "molekularen Prozeß der Revolution" nannte. Die aufgestauten Wirkungen der Klassenunterdrückung, die Brotschlangen, die hohen Lebenshaltungskosten, brachen sich plötzlich in einer elementaren Bewegung Bahn, in der sich die Arbeiterklasse als weit revolutionärer erwies als die revolutionärste Partei.

Die Ereignisse in Petrograd wiederholten sich in Moskau und allen anderen Städten. Aus eigenem Antrieb besetzten die Arbeiter die Polizeistationen und öffentlichen Gebäude, öffneten die Gefängnisse, verhafteten Konterrevolutionäre. Indem sie auf der Erfahrung der früheren Revolution von 1905 zurückgriffen, organisierten sich die Arbeiter sofort in Sowjets, im "Rat der Arbeiter- und Soldaten-deputierten". Die Einbeziehung der in überwältigender Mehrheit aus Bauern bestehenden Armee in die Sowjets gab ihnen eine enorm breitere Basis als 1905.

Am 25. Februar 1917 (nach dem neuen Kalender 10. März) brachen in der Hauptstadt Petrograd Massenstreiks aus. Angesichts der mächtigen Straßendemonstrationen liefen die Truppen massenhaft über. Meist schlossen sich ihnen ihre Offiziere an, die sich die zaristische Fresse abrißen und das rote Band ansteckten, manchmal aus Angst, aber oft auch aus echtem Haß auf das alte Regime und einer verwirrten aber ehrlichen Zuneigung zur Sache der "revolutionären Demokratie". Viele der eingezogenen Offiziere aus der Mittelschicht unterstützten die Sozialrevolutionäre. Aber eine Minderheit wurde tatsächlich für die Bolschewiki gewonnen, insbesondere nach der Oktoberrevolution, und spielte eine heldenhafte Rolle im Bürgerkrieg.

Die Autorität der Sowjets dehnte sich von den Fabriken und Büros auf die Schützengräben und kleinen Dörfer aus. Innerhalb von Tagen war der alte Staatsapparat untergraben. Die Polizei war aufgelöst, die Bürokratie hing in der Luft, und der Einfluß der Sowjets war ausschlaggebend in der Armee.

Die Macht hätte sofort und kampfflos in die Hand der Arbeiter übergehen können. Es bedurfte lediglich der Verbindung der Arbeiterräte auf nationaler Ebene, einer Erklärung der Arbeiterführung, daß alle Macht künftig bei den Sowjets läge, und

der Verhaftung der bisherigen Minister - dann hätte die Arbeitermacht friedlich, ohne Blutvergießen, errichtet werden können.

Die riesige Kraft der Arbeiterorganisationen garantierte dies. Doch der feige Verrat der Führer der reformistischen Arbeiterparteien verhinderte es, gab die Macht an die Großgrundbesitzer und Kapitalisten zurück und machte Blutvergießen und Bürgerkrieg unvermeidlich.

Gleich nach dem Zusammenbruch des Zarenismus bildeten die Führer der Menschewistischen und der Sozialrevolutionären Partei ein "Provisorisches Exekutivkomitee" der Sowjets. Obwohl es nicht gewählt war und aus Elementen bestand, die eine geringe oder gar keine Rolle in der Revolution gespielt hatten, wurde das Exekutivkomitee zunächst von der Masse der Arbeiter und Bauern anerkannt. Es bestand aus den "führenden Köpfen" der alten sozialistischen Opposition, und die Massen glaubten, daß diese Führer für die Interessen der Arbeiter und Bauern eintraten.

In Wahrheit repräsentierten die menschewistischen Führer den opportunistischen oder reformistischen Flügel der Arbeiterbewegung und stützten sich auf die Vorurteile der besser bezahlten Arbeiter und Mittelschicht-"Sozialisten", während die Sozialrevolutionäre, die behaupteten, sich für den "Bauernsozialismus" einzusetzen, tatsächlich auf dem Klassenstandpunkt der wohlhabenden Schicht der Bauernschaft stand, die zur Kapitalistenklasse heimigte. Keine der beiden Parteien vertrat die Interessen der Arbeiter und armen Bauern. Und doch unterstützte im Februar die große Mehrheit in den Sowjets sie und nicht die Bolschewiki. Warum?



Jede große Revolution wählt die Gesellschaft bis zu den untersten Ebenen auf und bringt sogar die rückständigsten, "unpolitischen" Teile der Arbeiter und der Mittelschicht auf die Bühne der Geschichte. Diese Elemente tendieren stets zum Weg des geringsten Widerstands. Sie neigen immer in erster Linie zu den traditionellen Massenorganisationen der Arbeiter und leiden an übermäßiger Vertrauensseligkeit und an Illusionen gegenüber "ihren" Führern, ungeachtet deren politischer Vergangenheit, die für die politisch unerfahrenen Massen ein Buch mit sieben Siegeln ist.

## OPPORTUNISMUS

Von 1905 bis 1917 hat Lenin immer wieder den Opportunismus und die Feigheit der Menschewiki angeprangert. In den Jahren unmittelbar vor dem Krieg war es den Bolschewiki in der Tat gelungen, vier Fünftel der organisierten Arbeiter für sich zu gewinnen. Aber der Krieg hatte alles in den Schmelztiegel geworfen. Die allgemeine Wehrpflicht trieb die Millionen und Abermillionen Bauern und rückständiger Arbeiter auf die Szene. Nun, in der Hitze der Revolution, wurde die dünne Schicht bolschewistischer Arbeiteraktivisten überschwemmt von Millionen unausgebildeter Elemente aus den Fabriken und mehr noch, aus den Kasernen und Dörfern. Auf die Illusionen und die Unerfahrenheit dieser Schichten stützte sich die Schar "demokratischer" Anwälte, Professoren und Lehrer, sie schoben die Arbeiter und Soldaten beiseite und schüchtern sie ein mit schönen, gelehrten Reden über die Notwendigkeit, "die Revolution zu verteidigen", "alle Klassen im Interesse der Demokratie zu vereinigen", "Exzesse zu vermeiden" und so weiter. Während die untersten Teile der Mittelschicht - z.B. der Kleinbauer und der kleine Handwerker - zur Arbeiterklasse tendieren, um einen Ausweg aus ihren Schwierigkeiten zu finden, blicken ihre akademischen, gebildeten obersten Schichten mit Neid und Sehnsucht auf den Lebensstil der Großkapitalisten. Vor den "ungebildeten" Massen treten sie wie Götter auf, aber den Bankiers und Industriellen erweisen sie stets äußerste Ehrerbietung.

Die menschewistischen und sozialrevolutionären Führer hielten es für selbstverständlich, daß die Macht automatisch an die Kapitalisten übergehen sollte, in Gestalt der liberalen Kadettenpartei. Sie bemäntelten ihre Feigheit mit hochtrabenden Phrasen und gewichtigen "marxistischen" Theorien. "Unsere Revolution ist eine bürgerlich-demokratische Revolution", argumentierten sie, "deshalb können die Arbeiter nicht die Macht übernehmen, sondern müssen die



Partei der liberalen Bourgeoisie unterstützen." Für jene selbsternannten "Marxisten" war die Russische Revolution nur eine Neuauflage der Französischen Revolution von 1789. Ihrer Meinung nach war ihr einziges Ziel, die Macht von der halbfeudalen Selbstherrschaft auf ein bürgerlich-demokratisches System zu übertragen, in das sie als "loyale Opposition" mit bequemen Parlamentssitzen und Karrieren eintreten wollten.

Waren die Menschewiki gegen den Sozialismus? Aber nein! Nur gegen die "ultralinke" Forderung nach sofortiger Machtübergabe an die Arbeiter, denn dies würde ja bedeuten, "die bürgerlich-demokratische Stufe der Revolution zu überspringen." Laut diesen "Marxisten" war diese Revolution im Februar nicht vollendet worden. Man mußte nun, als nächsten Schritt, auf die Zusammenkunft einer konstituierenden Versammlung warten. Die Klagen des Arbeiters, dessen Fabrik stillgelegt worden war, der Hausfrau, deren Speisekammer leer war, des Bauern, der nicht von seinem kleinen Stück Land leben konnte, des Soldaten, der seinem Tod in den Schützengräben entgegenschau - alle wurden von den menschewistischen Führern so beantwortet: "Die bürgerlich-demokratische Revolution ist noch nicht vollendet. Wartet auf die konstituierende Versammlung!"

## BOURGEOISIE UNFÄHIG

Es gab nur ein kleines Problem in diesem Gedankengebäude: In Rußland gab es keine revolutionäre Bourgeoisie. Die russischen Kapitalisten waren durch die Banken aufs engste mit der Klasse der feudalen Landbesitzer verknüpft. Diese Tatsache schloß die Möglichkeit einer gründlichen Landreform aus - fundamentale Aufgabe der bürgerlich-demokratischen Revolution in Rußland. Außerdem waren die russischen Kapitalisten durch und durch mit ausländischem Kapital verzahnt, hauptsächlich englischem und französischem, mit dem sie zum Großteil ihre Investitionen tätigten. Daher hatten sie ein Interesse an der Fortsetzung des Krieges gegen Deutschland. Dies wiederum machte es für Rußland unmöglich, einen gerechten demokratischen Frieden zu erlangen, solange die Macht in den Händen der Grundbesitzer und Kapitalisten blieb.

Es gab keine revolutionäre Bourgeoisie in Rußland. Doch die Menschewiki, getrieben von ihrer kleinbürgerlichen Feigheit und Angst vor den Massen, waren gezwungen, eine zu erfinden, um so schnell wie möglich die Macht zu übergeben, die die Arbeiter erkämpft hatten.

Die "Liberalen" (Kadetten) waren gegen das zaristische System gewesen, das die freie Entwicklung des Kapitalismus behinderte. Aber sie fürchteten sich unvergleichlich mehr vor der revolutionären Bewegung der Arbeiter und Bauern. Als sie schließlich mit der Tatsache einer siegreichen Revolution konfrontiert wurden (in der sie keinerlei Rolle gespielt hatten), versuchten sie zunächst, mit dem Zar um die Errichtung einer konstitutionellen Monarchie oder die Herrschaft eines "populären Generals" zu verhandeln. Unter dem Druck der reformistischen Arbeiterführer, die sie zur Machtübernahme drängten, organisierte dieser elende Haufen die erste "Provisorische Regierung" - eine Koalition bürgerlicher Liberaler, die den "sozialistischen" Minister Kerenski als Feigenblatt einbezog.

## LENINS ANALYSE

Als Lenin den ersten Bericht über die Ereignisse in Rußland erhielt, war er noch in der Schweiz im Exil. Trotz des Mangels an detaillierter Information und der Entfernung, die ihn von Rußland trennte, begriff er sofort die Bedeutung dessen, was geschehen war, und sandte folgende Botschaft an die Bolschewiki nach Petrograd:

"Unsere Taktik: restloses Mißtrauen, keinerlei Unterstützung der neuen Regierung; Kerenski mißtrauen wir besonders; Bewaffnung des Proletariats die einzige Garantie; unverzüglich Wahlen in die Petrograder Duma; keine Annäherung an andere Parteien."

# RUßLAND

Man vergleiche diesen unversöhnlichen Klassenstandpunkt mit dem elenden Nachläufer der spanischen, portugiesischen und griechischen KP- und SP-Führer in der Gegenwart und jüngsten Vergangenheit. Lenin betonte, daß die Hauptpflicht der russischen Marxisten darin bestand, den Arbeitern Mißtrauen gegen die "revolutionäre Demokratie" der Mittelschichtparteien einzuflößen. Unter keinen Umständen hätte er den Gedanken an einen Block mit bürgerlich-liberalen Elementen wie Spinoza in Portugal zugelassen oder sogar mit kleinbürgerlichen, pseudo-sozialistischen Parteien wie die Menschewiki und Sozialrevolutionäre in Rußland.

## ROLLE DER ARBEITERKLASSE

In den berühmten "Briefen aus der Ferne" entwickelte Lenin eine meisterhafte Analyse der Situation. Lenin zeigte auf, daß sich die bürgerlich-demokratische Revolution in Rußland mit der Februarrevolution erschöpft hatte. Die Arbeiter standen nun der Aufgabe gegenüber, die Macht aus der Hand der Grundbesitzer und Kapitalisten durch die Sowjets auf die Arbeiter und Bauern zu übertragen. Dazu mußte die Arbeiterklasse völlige organisatorische und politische Unabhängigkeit erlangen, und Lenin bezeichnete all diejenigen als Verräter, die direkt oder indirekt die Provisorische Regierung unterstützten.

Die menschewistischen und sozialrevolutionären Führer nannten Lenins These "sektiererisch, ultralinks und abenteuerlich". Indem sie die Revolution als "demokratisch, nicht sozialistisch" charakterisierten, verschoben sie die proletarische Revolution auf eine ferne Zukunft. Auf die gleiche Weise streben die Führer der sogenannten "kommunistischen Parteien" heutzutage in Spanien, Portugal und überall sonst mit Macht danach, die Arbeiter in den Grenzen einer bürgerlich-demokratischen Revolution zu halten. Diese Volksfrontpolitik ist nur eine Wiederauferstehung mit anderer Maske der alten menschewistischen Idee der Klassenkollaboration und der Theorie der "Stufen". Ihre Aktivitäten in Portugal - wo sie eine noch schlimmere Streikbrecherpolitik als die "Arbeiterführer" in der russischen Provisorischen Regierung spielten - sind eine üble Karikatur des Menschewismus.

## BOLSCHEWIKI

Der verhängnisvolle Fehler in der Position des Menschewismus (und jetzt der "kommunistischen" Führer) ist die Tatsache, daß heutzutage die bürgerlich-demokratische Revolution nur durchgeführt werden kann, wenn die Macht der Arbeiterklasse übertragen wird. Das genau war 1917 Lenins Position. Die bolschewistischen Lösungen "Frieden, Brot und Land" entstanden aus der Unfähigkeit der bürgerlichen Provisorischen Regierung, die brennende Frage eines demokratischen Friedens und der Landreform ernsthaft in Angriff zu nehmen. Das einzige Mittel, diese demokratischen Forderungen durchzuführen, war, der Rolle der Grundbesitzer und Kapitalisten ein Ende zu setzen und die Macht in die Hände der Arbeiter zu legen.

Weit davon entfernt, eine abenteuerliche Politik zu vertreten, sah Lenin die Notwendigkeit für die Bolschewiki (die im Februar eine winzige Minderheit in den Sowjets darstellten), geduldig in den Massenorganisationen - den Sowjets - zu arbeiten, um die Mehrheit der Arbeiter für das Programm der Marxisten zu gewinnen. Nicht "sofortige Revolution", wie von den Anarchisten gepredigt wurde, sondern: "Man muß geduldig aufklären" war Lenins Parole in der Periode nach der Februarrevolution.

## STALIN

Stalin und Kamenev, gemeinsame Herausgeber der Prawda und von führendem Einfluß in Petrograd bis zu Lenins Rückkehr, hatten sich dem Druck fremder Klassen und Ideen gebeugt. Unter der Maske der "revolutionären Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft" rechtfertigten sie die Position der Menschewiki. Unglücklicherweise war sich nicht einmal die Mehrheit der bolschewistischen Führer über die Perspektiven der Revolution im klaren, und sie wurden von den Ereignissen vom Kurs abgedrängt.

In einer revolutionären Situation gerät jede revolutionäre Partei unter enormen Druck feindlicher sozialer Klassen und auch der wechselnden Stimmungen, Vorurteile und Illusionen der Massen. Nur mit einem festen Verständnis der Theorie und der Perspektiven kann eine revolutionäre Führung den roten Faden durch die komplexe Wechselbeziehung der Kräfte finden und die Kraft, der Versuchung zu widerstehen, zu schwanken und Kompromisse einzugehen um "leichter" unmittelbarer Erfolge willen, die den Weg für spätere schreckliche Niederlagen bereiten.

und Sozialrevolutionäre: Unterstützung der Provisorischen Regierung "insofern sie gegen Reaktion und Konterrevolution kämpft."

Die selben verräterischen Formeln werden heute von den KP-Führern benutzt, um ihre Klassenkollaboration zu rechtfertigen: "Wir unterstützen Spinola insofern er gegen Caetano ist."

"Wir unterstützen die spanischen Monarchisten insofern sie für die Demokratie sind."

"Wir unterstützen die chilenischen Generäle insofern sie den Willen des Parlaments respektieren." Etc., etc.

Genau diese Argumente wurden von Stalin und Kamenew 1917 gegen Lenin benutzt, der sie als Verrat an der Revolution bezeichnete. "Sogar unsere Bolschewiki", sagte Lenin, "beweisen Vertrauensseligkeit gegenüber der Regierung. Das kann man nur mit dem Rausch der Revolution erklären. Das ist der Zusammenbruch des Sozialismus... Wenn dem so ist, trennen sich unsere Wege. Dann bleibe ich lieber in der Minderheit." (Werke Bd. 56)

Die Logik der Position von Stalin und Kamenew war die totale Liquidierung der revolutionären Arbeiterpartei. In der Tat hatten sie sogar an Diskussionen mit den Menschewiki und Sozialrevolutionären im Hinblick auf eine Vereinigung teilgenommen! Dazu kommentierte Lenin:

"Ich höre, daß in Rußland eine Vereinigungstendenz besteht, eine Vereinigung mit den Landesverteidigern, - das ist Verrat am Sozialismus. Ich glaube, es ist besser, allein zu bleiben, wie Liebknecht. Einer gegen 116!" (ebd.)

Auf der berühmten April-Konferenz der Bolschewistischen Partei wurden Lenins Thesen mit großer Mehrheit angenommen, und die Partei orientierte sich nun auf die Eroberung der Macht.

Den selbstgefälligen Reformisten in der Sowjet-Führung schien es, als sei Lenin ein wildgewordener Irrer, dessen Politik seine Partei zu einer bedeutungslosen Sekte reduzieren würde. Doch in Wahrheit war Lenins Programm, das Trotzki vor seinem Anschluß an die Bolschewistische Partei ebenfalls befürwortete, das einzige, das den Bedürfnissen der Massen entsprach.

## DROHENDER GEGENSCHLAG

Im Februar waren die Arbeiter und Bauern (in Gestalt der Armee) stark genug gewesen, die Macht zu ergreifen, aber nicht, sie zu halten. Dank des Verrats der reformistischen Führer konnte die Bourgeoisie an entscheidenden Hebeln der Macht festhalten. Hinter der Fassade der Provisorischen Regierung (die gezwungenmaßen Zugeständnisse machte und demo-



kratische Rechte unter dem Druck der Massen gewährte, die aber nicht in der Lage war, irgendwelche der grundlegenden Probleme der Arbeiter und Bauern anzugehen) bereiteten die liberalen Kapitalisten und "demokratischen" Generäle einen Gegenschlag vor.

Während die Menschewiki und Sozialrevolutionäre die Massen mit der "Einheit des revolutionär-demokratischen Lagers" einlullten, entlarvten Lenin und die Bolschewiki unaufhörlich den Klassencharakter der Regierung und warnten vor der drohenden Katastrophe. Unter den Parolen "Entlaßt die 10 kapitalistischen Minister" und "Alle Macht den Räten" riefen die Bolschewiki die reformistischen Arbeiterführer, die in die zweite Provisorische Regierung eingetreten waren, auf, die Koalition zu zerbrechen und die Macht zu übernehmen.

Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre genossen zu jener Zeit so große Unterstützung, daß sie dies friedlich hätten tun können und der Gesellschaft das Elend und Blutbad des Bürgerkriegs hätten ersparen können. Die Weigerung der Reformisten, die Macht zu übernehmen, gab der Bourgeoisie die Zeit, die sie brauchte, um ihre Kräfte für die unvermeidliche Reaktion zu sammeln. Die Niederschlagung

der russischen Arbeiter nicht gegeben, wäre die Revolution damals einer faschistischen Diktatur gewichen. Doch durch eigene Erfahrung begannen die Massen zu begreifen, daß nur das von den Bolschewiki vertretene Programm ihre grundlegenden Probleme lösen konnte. Sehr schnell verlor die alte menschewistisch-sozialrevolutionäre Führung ihren Einfluß. Die Bolschewiki gewannen die Mehrheit in den Sowjets, und im Oktober, nur 9 Monate nach dem Fall des Zarismus, lag die Macht fest in der Hand der Arbeiter. Die Lehren der Russischen Revolution besitzen Schlüsselfunktion für die sich entwickelnde Revolution auf der Iberischen Halbinsel. Wieder einmal zeigten und zeigen die Arbeiter und Bauern ihre große Kraft beim Umsturz eines grausamen Regimes. Wiederum werden sie durch die Politik des Reformismus und der Klassenkollaboration ihrer Führung gehemmt. Der Sturz Caetanos war nur ein Vorspiel zu den dramatischen Ereignissen, die sich jenseits der Grenze in Spanien anbahnen. Zur Zeit wird die Portugiesische Revolution in die Bahnen der "bürgerlichen Demokratie" gelenkt.

Große Siege wurden dank der Bewegung und dem Druck der Massen errungen. Aber solange das Land in den Händen der Großgrundbesitzer bleibt und Banken und Fabriken den Kapitalisten gehören, wird keins der drückenden Probleme gelöst werden können. Arbeiter und Bauern sind praktische Leute. Sie werden den Erfolg der "Demokratie" daran messen, ob sie ihr Schicksal verbessern kann. Die Politik der KP- und SP-Führer, wie die der russischen Menschewiki, kann nur zu Hoffnungslosigkeit und Reaktion führen, schlimmer als zuvor. Ihr Verrat macht Blutvergießen unvermeidlich, wenn nicht die Marxisten bei den portugiesischen und spanischen Jungsozialisten rechtzeitig die Mehrheit der sozialistischen und kommunistischen Arbeiter für das Programm einer Arbeiterdemokratie gewinnen können, die allein den Ausweg zeigen kann aus dem Alptraum von Armut, Krankheit und Unterdrückung, dem einzigen, was das bankrotte System des Kapitalismus dem spanischen und portugiesischen Volk zu bieten hat.

# FRANCO UND DER SPANISCHE FASCHISMUS

Heinz Thielmann

Besorgt blicken die Vertreter des Kapitals - sowie Strategen der Bürokratie im Ostblock - auf die Iberische Halbinsel. In Portugal wurde die Diktatur von Caetano mit einem Schlag weggefegt - die portugiesischen Massen traten zum ersten Mal seit fast einem halben Jahrhundert zu Millionen auf die politische Bühne.

Doch die Auswirkungen der - jetzt auch noch so verzerrten - portugiesischen Revolution werden von den Ereignissen in Spanien in den Schatten gestellt werden. Die Arbeiterklasse macht in Spanien mehr als die Hälfte der Bevölkerung aus. Unzählbare heldenhafte Kämpfe seit sogar noch vor Francos Tod und trotz aller repressiven Maßnahmen des Regimes schrecken die Kapitalisten auf europäischer und sogar Weltenebene auf. Denn sie erkennen klar, daß eine sozialistische Revolution in Spanien weitreichende Auswirkungen vor allem in Portugal, Frankreich, Lateinamerika und Italien haben würde.

Wir wollen uns in den nächsten Ausgaben eingehend mit der Lage in Spanien befassen. Wir bringen hier den ersten Teil eines Artikels über den spanischen Faschismus, weil dies unentbehrlich ist zum Verständnis der jetzigen Situation und der darauffolgenden Perspektiven.

Francisco Franco, "Generalissimo" und von eigenen Gnaden "Caudillo", wird in die Geschichte eingehen als der Mörder der spanischen Revolution von 1936-39 und als der Diktator, der über 30 Jahre die totalitäre Herrschaft dem spanischen Volk auferlegte. Als Führer des nationalistischen Aufstands gegen die Volksfrontregierung war er für den Tod einer Million Spanier verantwortlich, die im Bürgerkrieg und in der nachfolgenden Unterdrückungswelle umgebracht wurden.

Franco war ein Faschist und, gemessen an der Dauer seiner Herrschaft, der erfolgreichste der faschistischen Diktatoren, die als Folge der Niederlagen der Arbeiter in den zwanziger und dreißiger Jahren an die Macht kamen. Jedoch war er, im Gegensatz zu Mussolini und Hitler, kein kleinbürgerlicher Emporkömmling, der sich nach einer dunklen und ungebührlichen Karriere an die Macht emporhob, indem er auf demagogische Weise Massenunterstützung von den hysterisch gewordenen Mittelschichten erreichte. Franco war das vollendete Erzeugnis der spanischen Offiziersklasse, die eng an die traditionelle herrschende Klasse gebunden war, unnachgiebig Veränderungen ablehnte und den Arbeitern, Landarbeitern und landhungrigen Bauern äußerst feindlich gegenüberstand.

1917 stand der 25jährige Franco zum ersten Mal den spanischen Arbeitern gegenüber, als er den Streik der asturischen Bergarbeiter mit über hundert Todesopfern unterdrückte. Nach weiteren "Großtaten" in Marokko wurde Franco 1926 an der Spitze einer weitgehend aus sozial Geächteten bestehenden Kolonialarmee zum jüngsten General der spanischen Armee. 1934, während der "Bienio Negro" (zwei schwarzen Jahren), als die Republik sich in den Händen der Rechten befand, unterdrückte Franco nochmals einen Aufstand der asturischen Bergarbeiter, diesmal mit Tausenden von Toten und Verwundeten. Diesen Krieg beschrieb er als "einen Frontenkrieg gegen den Sozialismus und den Kommunismus und anderen Kräften, die die Zivilisation angreifen, um sie mit der Barbarei zu ersetzen". Seine Position war ganz klar.



## VERSCHWÖRUNG

Die Wahl der Volksfrontregierung im Mai 1936 als Ausdruck einer Welle der Massenradikalisierung hatte zur Folge, daß Franco und andere reaktionäre Generäle an isolierte Kommandostellen versetzt wurden, Franco beispielsweise auf die kanarischen Inseln. Die schwachen Maßnahmen der Regierung aber konnten es nicht verhindern, daß Franco und die anderen eine rechte Verschwörung innerhalb der Armee organisierten und den günstigsten Augenblick für einen Putsch abwarteten. Der Aufstand der marokkanischen Armee unter General Mola im Juli war das Signal. Franco schloß sich dem Aufstand an: Innerhalb zwei Monaten war er Generalissimo und Führer vom "nationalistischen" Spanien.

Francos Erfolg war nicht der Stärke der Rechten, sondern der katastrophalen Politik der Führer der Massenparteien der Arbeiterklasse zuzuschreiben. Hätten die Arbeiterführer nicht ihr Vertrauen den bürgerlichen Parteien der Volksfront geschenkt, und hätten die Arbeiter nicht ihren Führern zu viel Vertrauen geschenkt, dann hätte die Arbeiterklasse, die sich begeistert für die Regierung erhob, das ganze Land leicht in die eigene Hand nehmen können. Franco wurde selbstverständlich von den Großgrundbesitzern, den Banken und den großen Industriellen unterstützt. Aber eine breite Unterstützung durch das Volk fehlte ganz offensichtlich. Eine Söldnerarmee aus Mohren und massives Eingreifen vom ausländischen Faschismus waren von Anfang an nötig, wenn der Faschismus siegen sollte. Später wurde die "Falange", die nach dem Muster der Organisationen von Hitler und Mussolini aufgebaut wurde, benutzt, um "populäre" rechte Unterstützung, hauptsächlich von den Mittelschichten, zu rekrutieren. Diese wuchs von 75.000 am Anfang des Krieges auf fast eine Million 1939 an. Doch blieben Franco und seine Hintermänner immer mißtrauisch gegenüber den "revolutionären", demagogischen "antikapitalistischen Elementen" der falangistischen Propaganda.

## INTERNATIONALE BRIGADEN

Obwohl Tausende von Arbeitern von vielen Ländern sich freiwillig meldeten, um für die Republik in den internationalen Brigaden zu kämpfen, lehnten es die Arbeiterführer ab, die entscheidende Massenunterstützung für die spanische Revolution zu mobilisieren. DIE ARBEITERFÜHRER IN FRANKREICH, GROSSBRITANNIEN UND ANDEREN LÄNDERN VERSTECKTEN SICH HINTER DER POLITIK DER "NICHT EINMISCHUNG", UND BEHAUPTETEN, DASS EINE EINMISCHUNG IN DIE DEMOKRATIEN EINEN VORWAND FÜR DIE EINMISCHUNG DER FASCHISTISCHEN MÄCHTE GEBEN WÜRDE - ALS OB DIESE EINEN VORWAND BRAUCHTEN!

Was die Sowjetunion betraf, so führte Stalins konservative Politik des "Sozialismus in einem Land" zu einer Politik der Annäherung an die westlichen Mächte. Stalin wollte also die Situation in der Republik auf Basis eines "demokratischen" Kompromisses mit den bürgerlichen Parteien stabilisieren. Weil die republikanische Seite dringend russische Waffen brauchte, setzte sich die Politik der russischen Bürokratie durch. Der Kampf wurde immer mehr auf rein militärische Basis geführt und die soziale Revolution auf

unbestimmte Zeit verschoben - eine tödliche Politik für die Arbeiterklasse. Die russischen Führer lieferten genug Waffen, um den Kampf fortzusetzen, aber nicht genug für einen entscheidenden Sieg. Durch die Kontrolle der russischen Militärberater und der Geheimpolizei übernahm die republikanische Regierung viele Züge von Stalins eigenem totalitären Regime.

## ÜBUNG FÜR WELTKRIEG

Auf der anderen Seite waren sich Hitler und Mussolini der Wichtigkeit Francos Sieg für ihre eigene Position wohl bewußt. Mussolini schickte über 25.000 italienische Truppen, um für Franco zu kämpfen, und ungeheure Mengen von Waffen. Hitler schickte Berater, Waffen, Versorgung und das "Kondor-Geschwader", eine Streitmacht von hundert Flugzeugen, die durch den Bombenangriff auf Guernica berüchtigt wurde. Für die faschistischen Regimes war der spanische Bürgerkrieg ein Übungsfeld für den zweiten Weltkrieg, der durch die Niederlage der spanischen Arbeiter unvermeidlich wurde. Franco nahm die Unterstützung der Achsenmächte dankbar an, gab aber seinerseits wenige Versprechen. Unter dem Druck Hitlers entsandte Franco die "Blaue Division", um für die Nazis an der russischen Front zu kämpfen, exportierte er große Mengen Wolfram (für Wolframstahl) nach Deutschland und unterstützte im allgemeinen die Kriegsbemühungen der Nazis, jedoch ohne daß er so weit ging, den Alliierten den Krieg zu erklären.

Später als er spurte, daß sich der Krieg gegen Hitler wandte, begann Franco, durch das pro-britische faschistische Regime Salazars in Portugal, eine Vereinbarung mit dem britischen Kapitalismus zu suchen. Nach dem Krieg wurde Francos Regime von den Führern der "westlichen Demokratien" allgemein verurteilt. Spanien wurde aus den Vereinten Nationen und der NATO ausgeschlossen. Aber die Hoffnungen der spanischen Arbeiter, daß die britische Labourregierung zu Maßnahmen greifen würde, um den spanischen Faschismus zu stürzen, wurden schwer enttäuscht. Die formelle Verurteilung der Diktatur durch die westlichen Regierungen wurde von der ständigen, wenn auch vorsichtigen Entwicklung diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen begleitet.

Franco wollte aus dem Krieg auf Seiten des Gewinners hervortreten.

Wird fortgesetzt.

# KAPITALISTISCHE ANARCHIE ODER SOZIALISTISCHER PLAN

TEIL 2

Der Kapitalismus führt immer wieder, aus seiner inneren Gesetzmäßigkeit heraus, zu schweren zyklischen Wirtschaftskrisen, die sich in der vor uns liegenden Periode seines Niedergangs mehr und mehr verschärfen und für die arbeitende Bevölkerung nur Opfer, Not und Erniedrigungen mit sich bringen werden. Demgegenüber bietet ein demokratisches planwirtschaftliches System ein stetiges rapides Produktionswachstum bei rascher Verkürzung der Arbeitszeit und damit ständig wachsenden Wohlstand und Erhöhung der Lebensqualität. Die Produktivkräfte könnten sich - frei von ihrer jetzigen Verhinderung und Einengung im noch nicht dagewesenen Tempo entfalten. Hierfür sind mehrere Gründe entscheidend:



## VORZÜGE DER PLANWIRTSCHAFT

1. Die Beseitigung der Schranken des Privateigentums (Abhängigkeit von der Investitions-"Neigung" der Kapitalisten, die ausschließlich am maximalen Profit ausgerichtet ist) eröffnet die Möglichkeit, in Freiheit jederzeit über die notwendigen Mittel für den notwendigen Wirtschaftsbereich zu verfügen (Zuteilung der erforderlichen Investitionen!).

2. Die Beseitigung des kapitalistischen Krisenzyklus verhindert Produktionsrückfälle, Unterauslastung der Produktionskapazitäten und sichert stattdessen die stetige Auswertung der Produktionsanlagen. Arbeitslosigkeit gibt es nicht, da das erforderliche Gesamt-Arbeitsvolumen auf alle arbeitsfähigen Menschen in der Gesellschaft aufgeteilt wird; Produktivitätsfortschritte durch Rationalisierung, technischen Fortschritt, höhere Qualifikation der Arbeiter etc. kommen allen gleichermaßen zugute - entweder in Form einer verbesserten Ausstattung mit Gütern oder in Form von Arbeitszeitverkürzungen. Da die Verteilung der insgesamt produzierten Gütermenge zentral reguliert wird, ist dafür gesorgt, daß alle erzeugten Produkte Abnehmer finden - Absatzkrisen sind ausgeschlossen.

3. Durch gesellschaftliche Planung wird eine rationelle und sparsame Ausnutzung der vorhandenen materiellen Mittel (Energiequellen, Rohstoffe) und der Arbeitskraft möglich. Anstelle des hemmungslosen, kurzsichtigen Raubbaus an Mensch, Natur und Umwelt durch das Profitsystem tritt eine vorausschauende Politik, die auch die Bedürfnisse zukünftiger Generationen in Rechnung stellen und rechtzeitige Vorkehrungen treffen kann (z. B. Entwicklung neuer Energiegewinnungsverfahren).

4. Es kommt zur vollen Ausschöpfung des technischen und wissenschaftlichen Fortschritts. Jede neue Erfindung, jede organisatorische oder technische Errungenschaft eines beliebigen Betriebes kann ohne weiteres zum Gemeingut aller daran interessierten Produktionsstätten werden und sich somit unbehindert in der ganzen Wirtschaft ausbreiten. In der vom Konkurrenzprinzip beherrschten Privatwirtschaft dagegen werden Verbesserungen oft von den sie hervorbringenden Unternehmen zurückgehalten (unterstützt durch die Patentgesetze des Staates), um sie mit höchstmöglichem Profit auszuschlachten. In vielen Fällen werden sogar Erfindungen, die die Haltbarkeit oder Lebensdauer von Produkten erhöhen würden, von der Industrie bewußt nicht in Anwendung gebracht,

um ihre Absatzmöglichkeiten nicht einzuschränken: so ist z. B. schon längst die Produktion länger haltbarer Glühbirnen und Damenstrümpfe technisch möglich, wird aber von den betroffenen Konzernen verhindert.

5. Große Einsparungen und Vereinfachungen sind auch dadurch zu erreichen, daß eine zunehmende Vereinheitlichung der Produkte in allen Produktgruppen möglich wird, die heute von der privatwirtschaftlichen Konkurrenz verhindert oder zumindest stark eingeschränkt wird. So wäre z. B. eine drastische Verminderung der Anzahl der soundso praktische gleichartigen Waschmittelsorten ohne tatsächliche Minderung der freien Konsumwahl angemessen - ähnliches gilt für Tausende von Gütern angefangen bei Kinderwagen, über Hospitalbetten, bis hin zu Särgen. Natürlich kann dabei angemessene Rücksicht genommen werden auf die Eigentümlichkeiten einzelner Wirtschaftsbereiche und die Bedürfnisse der Konsumenten (z. B. bei der Bekleidung). Eine solche Vereinheitlichung ermöglicht eine höhere Spezialisierung in den Betrieben; dadurch kann erreicht werden, daß die jeweiligen Produkte in vollkommener Vollendung - bei rationellster Produktionstechnik - hergestellt werden.

6. Ein weiterer Vorteil ist die Freisetzung erheblicher Produktionskapazitäten, die im Kapitalismus in der Herstellung völlig überflüssiger oder schädlicher Güter gebunden sind und nur mit Hilfe gigantischer finanzieller Reklameanstrengungen - die wiederum weitgehend eingespart und anderweitig eingesetzt werden könnten - den Käufern als sinnvolle Anschaffungen untergeschoben werden können.

7. Schließlich - und dies ist ein ganz besonders wichtiger Grund - würde eine wirklich demokratisch organisierte sozialistische Planwirtschaft, in der die Arbeiter selbst den Produktionsablauf regeln und an allen weitergehenden wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen voll teilhaben, unvollstehbare schöpferische und gestalterische Fähigkeiten auf Seiten der Arbeiter freimachen. Diese bleiben in der heutigen Wirtschaftsform total ungenutzt und verkrüppeln im Laufe eines harten, entsagungsreichen Arbeiterlebens. Außerdem wird sich jeder Arbeiter hüten, Verbesserungsvorschläge zu machen, führen diese doch gegenwärtig nur dazu, daß Arbeitsplätze eingespart und Kollegen entlassen werden. Haben die Arbeiter jedoch die Betriebe erst einmal in ihre eigenen Hände genommen, dann wird sich ihre Eigeninitiative und ihr Ideenreichtum voll entfalten können und zu erheblichen Verbesserungen im Produktionsprozeß führen.

## VERLUSTE DURCH ARBEITSLOSIGKEIT

Die Vielfalt und Bedeutung der aufgeführten Faktoren macht klar, in welchem ungeheuren Maße eine von den Fesseln und von der Verschwendung des Kapitalismus befreite, demokratisch geplante Wirtschaft die Entwicklung der Produktivkräfte zum Wohle der ganzen Gesellschaft vorantreiben würde. Schon anhand einiger Beispiele kann man sich eine ungefähre Vorstellung von den gegebenen Möglichkeiten machen:

Auf die ungeheure Verschwendung menschlicher Arbeitskräfte, die durch die gegenwärtige Arbeitslosigkeit verursacht wird, wies kürzlich unverschämterweise FRANZ-JOSEPH STRAUSS hin, dessen wirtschaftspolitische Konzepte sicherlich nicht einen Abbau der Arbeitslosigkeit bewirken würden. Das ändert aber nichts an der grundsätzlichen Richtigkeit seiner Angaben: durch 1 MILLIONEN ARBEITSLÖSE gehen in einem Jahr nicht nur 20 Milliarden DM an Produktionsausfall verloren, nein - die Gesellschaft muß auch noch 10 Mrd. DM für Arbeitslosenunterstützung aufbringen. Insgesamt stünden also bei Beschäftigung der Arbeitslosen pro Jahr, grob geschätzt, 30 Mrd. DM mehr zur Verfügung. Davon könnte allen Arbeitslosen ein Bruttolohn von je 2000 DM monatlich gezahlt werden (mehr als der heutige Bruttolohn je Beschäftigten!) und es bliebe immer noch

einiges für dringend erforderliche Investitionen übrig - und den Arbeitslosen würde das Gefühl der Sinnlosigkeit ihrer Existenz und der sozialen Erniedrigung erspart. Zählt man

die der Gesellschaft durch die Arbeitslosigkeit der letzten Jahre entstandenen Kosten zusammen, so kommt man auf eine Summe von über 100 Mrd. DM - alle versprochenen Reformen hätten damit finanziert werden können und noch einiges mehr!

## VERSCHWENDUNG

Zu der gewaltigen Verschwendung menschlicher Arbeitskraft kommt eine entsprechende Vergeudung der Produktionsmittel noch hinzu (bzw. sie kombiniert sich mit ihr): die westdeutsche Industrie nutzt gegenwärtig nur 70 - 80% der Kapazität ihrer Produktionsanlagen! Im internationalen Maßstab wird die Verschwendung geradezu gigantisch, denkt man an die 15 Millionen derzeit arbeitslosen Menschen in der kapitalistischen Welt und die überall Unter-aus-genutzten oder stillgelegten maschinellen Kapazitäten. Arbeitskräfte, Maschinen, Materialien - alles ist im Überfluß da; nur das verrückte Profitsystem verhindert, daß sie eingesetzt werden, um überall dringend benötigte Güter und Dienstleistungen zu erstellen.

## DÜSTERE GEDANKEN

Der Bonner "General-Anzeiger" (5.1.77) macht sich düstere Gedanken über die zukünftigen Folgen der Jugendarbeitslosigkeit: "Schlagender noch als die erschreckende Gesamtziffer beweist die seit über zwei Jahren konstant gebliebene Zahl der hunderttausend Jugendlichen Arbeitslosen, was auf dem Spiel steht und welche Gefahren der Bundesrepublik drohen... Die Erinnerung an die dreißiger Jahre, als sich eine durch die millionenfache Arbeitslosigkeit verbitterte

Höheres Einkommen und weniger Arbeitszeit ist ohne weiteres für alle erreichbar. Die Kapitalisten bestreiten dies energisch - wir sollen den Gürtel enger schnallen und länger arbeiten, wenn's nach ihnen geht! Dabei hat selbst ihr eigenes planloses, unrationelles System - als es noch nicht von Krisen des heutigen Ausmaßes geschüttelt wurde - solche Fortschritte möglich gemacht: der Nettowochenverdienst pro Arbeitnehmer ist seit 1956 von 78 DM auf über 300 DM 1976 gestiegen (selbst bei Abzug der Inflation bleibt noch ein erhebliches Plus), andererseits konnte die tarifliche Wochenarbeitszeit im gleichen Zeitraum von 47 auf 40 Stunden gesenkt werden. Dies war möglich aufgrund erheblich angestiegener Arbeitsproduktivität: waren 1956 noch über 50 Erwerbstätige nötig, um Waren und Leistungen im Wert von 1 Mio. DM hervorzubringen (an heutigen Preisen berechnet), so waren es 1976 nur noch 23 Erwerbstätige! Und natürlich haben sich auch die Kapitalisten einen großen Anteil an den Produktivitätsfortschritten der vergangenen 20 Jahre sichern können, der damit nicht den Produzenten ihres Reichtums, den Arbeitern, zugute kommen konnte. Produktivitätszuwächse sind in noch viel größerem Maße in der Zukunft möglich, aber unter kapitalistischen Vorzeichen werden die Arbeiter in der vor uns liegenden krisenhaften Periode um deren Früchte betrogen. Bei den enormen industriellen Möglichkeiten der BRD wäre in kurzer Zeit, als erster Schritt, die Einführung der 4-Tage-Woche und des 6-Stundentags bei erheblich höherem Einkommen möglich.

Joachim Heuck, Juso-AG  
Hamburg-Winterhude

## Berufsverbote SO ALT WIE DIE ARBEITERBEWEGUNG

Vor fünf Jahren wurde in der BRD der "Radikalenerlaß" verhängt. Seitdem sind Hunderttausende von Bewerbern für den öffentlichen Dienst auf ihre "Verfassungstreue" geprüft worden. Davon sind Hunderte, wenn nicht gar Tausende abgelehnt worden. Die Auswirkungen des Ministerpräsidentenbeschlusses haben vor allem die Mitglieder und Sympathisanten der DKP und anderen "linken" Gruppen zu spüren bekommen. Allerdings sind auch SPD-Mitglieder und aktive Gewerkschafter vom Berufsverbot nicht verschont geblieben. Daß sich das Berufsverbot in der Regel nur auf linke "Verfassungsfeinde" erstreckt, ist ganz sicher kein Zufall. So erklärte Friedel Hahn, der stellvertretende Vorsitzende des DGB-Kreises Frankfurt, daß Berufsverbote solange existieren, seit es aktive Kämpfer der Arbeiterbewegung gibt. Weiterhin erklärte Hahn wörtlich: "Berufsverbote sollen diejenigen diskriminieren, die zu denken und auszusprechen wagen, daß es vielleicht doch eine bessere Wirtschaftsordnung als die freie Marktwirtschaft gibt."

Außerdem sagte der DGB-Sprecher weiter, unser Grundgesetz sei offen für Mitbestimmung, Investitionslenkung und Sozialisierung, offen für eine sozialistische Wirtschaftsordnung und offen "auch für Sozialisten und Marxisten im öffentlichen Dienst". Unter der Bevölkerung wurde inzwischen heftiger Protest laut: In vielen Städten der BRD kam es zur Bildung von Initiativen gegen Berufsverbote und in einigen Großstädten zu mächtigen Demonstrationen. Aber Initiativen allein genügen nicht. Isolierte Forderungen reichen längst nicht aus. Denn die Berufsverbote sind, wie Hahn sagt, so alt wie die Arbeiterbewegung.



Aus ÖTV-Magazin.

Sie waren also immer schon ein Mittel der herrschenden Klasse, den Widerstand der Masse der Bevölkerung möglichst klein zu halten.

Die Berufsverbote sind zugleich ein Zeichen der Schwäche der Herrschenden. Denn geraten sie durch die Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse in zu arge Bedrängnis, sind sie bereit, auf die von ihnen zu recht gefürchtete Arbeiterklasse Druck auszuüben.

Da die Berufsverbote also dem Machtverhältnis in unserem Staat entstammen, werden sie erst mit der Aufhebung dieser Machtverhältnisse verschwinden. Man muß das Übel also an der Wurzel packen. D. h. wenn das Großkapital, das die eigentliche Regierung in diesem System darstellt, uns nicht mal mehr die Rechte zugesteht, die uns eigentlich in dieser "Demokratie" durch das Grundgesetz zugesichert sind (z. B. Recht auf freie Wahl des Berufes, Recht auf Freiheit der Weltanschauung, Recht auf freie Meinungsäußerung), ergibt sich zwangsläufig, das Kapital zu entmachten und eine echte sozialistische Demokratie zu errichten. Der Kampf gegen Berufsverbote kann nur durch die organisierte Arbeiterbewegung zum Erfolg führen.

Iris Cirkel

# Verlorene Generation

"Eine verlorene Generation" so beschreibt "Die Zeit" vom 2.1.1976 die Situation der arbeitslosen Jugendlichen. Der Direktor des Institutes für Arbeitsmarkt und Berufsforschung bei der Bundesanstalt für Arbeit geht von folgenden Tatsachen aus: "Im nächsten Jahrzehnt werden etwa 1,4 Mill. Jugendliche mit Schulabschluß keine Lehrstellen bekommen! 1 Mill. Jugendliche ohne Schulabschluß wird ein Heer von Hilfsarbeitern bilden!"

15.000 Arbeitslose haben eine Hochschulabschlussbildung. Das sind 1,5% aller Arbeitslosen. (BRD)

Dazu kommen noch 14.900 mit abgeschlossener Fachhochschulbildung, das sind ebenfalls weitere 1,5%.

Die Zahl der arbeitslosen Akademiker lag damit um 5.900 oder 61,1% über dem entsprechenden Vorjahrsstand, bei den Graduierten ergab sich ein Anstieg um 4.700 oder 45,3%!

Insgesamt gesehen bewegten sich die Arbeitslosenquoten der verschiedenen Altersgruppen Ende September zwischen 5,8% und 3,3%. (alle Altersgruppen 4,4%)

Die höchste relative Arbeitslosigkeit mit 5,8% errechnete sich für die unter 20jährigen sowie für die Gruppen der 20-25jährigen und der 25-30jährigen.

Unter den 115.800 arbeitslosen Jugendlichen (BRD) von September waren 21.800 oder 18,9% ohne bisherige Berufstätigkeit, und 93.900 oder 81,1%, die bereits berufstätig gewesen waren!

Nach einer Studie des Kultusministers von Nordrhein-Westfalen, Girgensohn, werden bis 1990 140.000 Lehrer ohne Arbeit sein! "Lehrer sattelt um! Heuert beim Bergbau an! Vertauscht den Zeigstock mit dem Abbaumhammer, brecht Kohle statt euch den Kopf über gerechte Zensuren zu zerbrechen!" (NRZ 13.1.1977 v. Gehrman).

Eine ganze Generation wird das Leid der Arbeitslosigkeit zu spüren bekommen. Die Grenzen dieses Wirtschaftsystems sind nun für jeden offensichtlich. "Das kapitalistische

System" ist - allen Behauptungen zum Trotz - nicht in der Lage, das Problem der Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Das Profitstreben der Unternehmer wird immer drastischer! In der Bundesrepublik werden nach einer Berechnung des Kieler Instituts für Weltwirtschaft bis 1985 rund 3 Millionen Arbeitsplätze verloren gehen, und nur etwa 1 Million werden bei günstigen Voraussetzungen neu geschaffen werden. Die Geschwindigkeit des Strukturwandlungsprozesses hat sich also abermals verdoppelt.



Deshalb fordern wir:

- Keine Entlassungen!
- Garantierte Ausbildungs- und Arbeitsplätze für alle Jugendliche!
- Einstellung aller arbeitslosen Lehrer!
- 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!

Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß ein solches Programm im Rahmen des kapitalistischen Systems nicht zu verwirklichen ist - besonders nicht zu Krisenzeiten. Das kann aber nicht heißen: Reformverzicht, sondern: notwendige Reformen sind nur durchzuführen durch Beseitigung des Kapitalismus

- Für die Verstaatlichung der Großkonzerne, Banken und Versicherungen!
- Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft mit Planwirtschaft unter demokratischer Arbeiterkontrolle!

Jürgen Mühlmeier  
ESSEN

## berichten VORAN:

In dem Betrieb, wo ich eine Lehre als Werkzeugmacher mache, sind über 1000 Leute beschäftigt. Nur 30 bis 40 Prozent sind Facharbeiter, der Rest Hilfsarbeiter und Angelernte. Es wird in 3 Schichten rund um die Uhr gearbeitet, auch am Wochenende. Die Arbeitsbedingungen für die Facharbeiter sind einigermaßen gut, während die für die Hilfsarbeiter sehr schlecht sind. Die machen dreckige Arbeit. In der Schleiferei zum Beispiel sind keine Abzugsvorrichtungen für den Staub eingebaut, obwohl sie dort am nötigsten wären. Für viele ist auch der Lärm unerträglich, aber nur die wenigsten bekommen Ohrenschutz.

Arbeitsunfälle gibt es in der Firma fast jeden Tag. Verletzungen an Auge und Fingern und Gehörschäden sind da schon etwas normales. Vor einiger Zeit gab es einen großen Betriebsunfall: Wegen großer Hitze mußte ein neuer Hammer schnell montiert werden. Und weil die Vorrichtung nicht gut genug war, ging bei einem Schlag der Keil los und einem Arbeiter mitten durch den Leib. Bei einem zweiten traf der Keil die Schulter und riß ihm den Arm weg. Der zweite starb noch im Krankenhaus. Beide hinterließen Familien.

Mein Vater hat monatelang schlechte Arbeit gehabt. Er mußte immer mit einem Arm ein Gewicht von 20kg heben. Nach einiger Zeit kam ihm der Knochen am Ellenbogen raus. Er mußte dann operiert werden und war ein halbes Jahr krank. Als er die Arbeit wieder anfing, wollten die Meister ihn wieder an die alte Maschine tun. Deshalb holte er sich ein Attest, und dann stellten sie ihn an eine andere genau so schlechte Maschine. Nach zwei Monaten wollten sie ihm wieder die alte Arbeit aufzwingen, aber als er sagte, dann würde er kündigen, bekam er wieder eine andere Arbeit. Als sie ihn aber nach wenigen Wochen wieder dort hinstellen wollten, ging er zur Gewerkschaft

Die haben ihm aber nur gesagt, er könne sich da nicht weigern. Sie haben ihm absolut nicht geholfen. Mein Vater hat dann gesagt: "Ich bin so lange in der Gewerkschaft. Geh Du doch mal arbeiten und sieh Dir das an." Er ist aus Protest aus der Gewerkschaft ausgetreten. Die Gewerkschaft hat in dem Fall regelrecht zu den anderen gehalten.

Bei uns ist auch einmal ein Fall passiert. Da haben einige Kollegen in der Pause Skat gespielt, und der eine, der verloren hat, hat am nächsten Tag eine Flasche Whisky zur Arbeit mitgebracht. Er hat sie nicht aufgemacht - die wollten sie erst nach der Arbeit trinken. Als ein Ausbilder dazu kam und fragte, ob einer was zum Trinken mit hat, zeigte ihm der Kollege die volle Flasche. Darauf hin holte er den Abteilungsleiter und alarmierte den Betriebsrat. Der Kollege ist geflogen. Aber gewisse Ausbilder saufen weiter wie die Schotie.

Die Ausländer werden allgemein viel schlechter behandelt als die deutschen Arbeiter, wie Außenseiter. Sie bekommen auch schlechtere Arbeit und weniger Geld und werden meistens als erste entlassen.

Die Art der Ausbildung bei uns ist sehr schlecht. Wir als Auszubildende arbeiten für die Produktion und machen qualifizierte Arbeiten. In der Fräseabteilung arbeiten die Leute in Prämie. Ich muß dort die gleiche Arbeit machen, kriege dafür aber keine Prämie und lerne überhaupt nichts. Die setzen mir 70 Stück zur Serienbearbeitung vor, und nach einem habe ich schon gelernt, wie das geht.

von einer marxistischen  
Beamtin auf Lebenszeit

# BEAMTE und die ARBEITER BEWEGUNG

Kaum eine andere Bevölkerungsgruppe in der BRD wird mit soviel Ärger, Spott und Skepsis, gleichzeitig aber auch mit insgeheimem Neid und Bewunderung betrachtet wie die derzeit etwa 1,5 Mio. Beamten.

Sie werden zwar einerseits verbreitet für träge Schmarotzer gehalten, andererseits wünscht sich so mancher Arbeiter für seine Kinder solch eine gesicherte Lebensstellung wie bei "Vater Staat".

Was macht den Beamtenstatus gerade in der heutigen Krisensituation so erstrebenswert?

Hat z.B. ein Lehrerstudent erst einmal die Einstellungshürde übersprungen und braucht sich nicht in die wachsende Schar der z.Zt. etwa 5000 arbeitslosen Junglehrer einzureihen, hat er weiterhin die Probezeit überstanden und ist für würdig befunden worden, Beamter auf Lebenszeit zu werden, kann ihm kaum noch etwas passieren. Er ist praktisch unkündbar, wird automatisch befördert und braucht sich um seinen Lebensabend keine Sorgen zu machen.

Höchstens 40% des letzten Bruttolohns bekommt ein Sozialrentner aus seiner Versicherung, für die er sein Leben lang Beitrag gezahlt hat. Öffentlich Bedienstete zahlen nichts - und können mit Dreiviertel ihres letzten Einkommens ihren Lebensstandard nach der Pensionierung fast ohne Einbuße aufrechterhalten.

Doch nicht nur das:

- Der Beamte bekommt zum Beispiel eine "Beihilfe" vom Dienstherrn zu seinen Kosten für Arztbesuch, Krankenhausaufenthalt etc., die bei entsprechender Kinderzahl bis zu 90% der Aufwendungen betragen kann.
- Verheiratete erhalten 55%, jedes Kind erhöht den Satz um 5%.
- einen besonderen Kinderzuschlag, der höher ist als das Kindergeld für "normale" Arbeitnehmer.
- einen besonders billigen Tarif bei seiner Kfz-Versicherung.
- unter bestimmten Voraussetzungen billige Beamtendarlehen.

Diese Liste ließe sich fortsetzen.

## FÜR STREIKRECHT

Wer aber diesen schlaraffenländischen Zuständen nicht traut, weil er gelernt

hat, daß einem in unserer Gesellschaft nichts geschenkt wird, und daher dahinter einen Kuhhandel vermutet, wird in seinem Mißtrauen bestätigt.

Im Grundgesetz, Art. 55, Abs. 5 heißt es:

"Das Recht des öffentlichen Dienstes ist unter Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums zu regeln."

Letztere sind durch und durch geprägt vom preußischen Militärstaat des 18. und 19. Jahrhunderts. Mit dem Aufbau einer umfassenden Staatsverwaltung wurde als Träger dieser Verwaltung eine Personengruppe unter die besondere Verfügungsgewalt des Monarchen gestellt und unterstand ihm in einem persönlichen Treueverhältnis: das Beamtentum. Der Beamte zollte dem Monarchen (heute: dem Staat) unbedingten Gehorsam und äußerste Pflichterfüllung, dafür wurde seine Lebensstellung gesichert. Dieses Prinzip konnte bruchlos vom Feudalismus bis in den Monopolkapitalismus hinein beibehalten werden.

- So stehen Beamte immer noch in einem besonderen Treueverhältnis zum Staat, das sich nicht nur auf ihren Dienst erstreckt, sondern sie auch verpflichtet, ihren Lebenswandel staatstragend zu gestalten.
- Beamte haben kein Streikrecht, sondern müssen von ihren Kollegen, den Angestellten und Arbeitern des öffentlichen Dienstes, die in der ÖTV organisiert sind, für sich "streiken lassen".
- "Der Beamte hat bei politischer Betätigung diejenige Mäßigung und Zurückhaltung zu wahren, die sich aus seiner Stellung gegenüber der Gesamtheit und aus der Rücksicht auf die Pflichten seines Amtes ergeben". (Aus dem Beamtengesetz)
- Der Beamte ist weisungsgebunden. Alle Weisheit kommt von oben, unten hat stumme Unterordnung zu herrschen.
- Der Beamte darf nicht die "Flucht in die Öffentlichkeit" antreten, d.h. er darf Mißstände in seiner Behörde nicht in die Öffentlichkeit tragen. Überhaupt fallen dienstliche Dinge unter die Verschwiegenheitspflicht.

Das Beamtenrecht, gekoppelt mit den genannten Privilegien und dem dazu gezielten Ständedünkel hat in der Tat bisher dafür gesorgt, die Beamten zu einem staatstragenden und stabilisierenden Element zu machen. Doch es gibt Anzeichen, daß dies nicht so bleiben wird. Ein Beispiel war der Bummelstreik der beamteten Fluglotsen 1975, der monatelang die staatliche Gewalt in Atem hielt. Auch in den Schulen gibt es gewerkschaftlich unterstützte Ansätze, das Streikverbot für Lehrer zu durchbrechen. Weitere zu erwartende Kürzungen im Sozialhaushalt werden dafür sorgen, daß das Beamtentum in seinen Grundfesten der Sorglosigkeit und Zuverlässigkeit erschüttert wird. Wie das Beamtentum der Anarchie des Kapitalismus ausgesetzt sein kann, zeigt das Beispiel von 1925, wo die Beamtengelder mit der rasenden Inflation nicht schritthielten und die Beamten in Hungersnot gestürzt wurden.

Nach der ÖTV, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und den Jungsozialisten fordert jetzt auch die "Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen" in ihren "Leitsätzen zur Verwaltungspolitik" tarifvertragliche Regelungen einschließlich des Streikrechts für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Die Juristen in der SPD treten "für die Abschaffung der bisherigen Unterteilung in Beamte, Angestellte und Arbeiter" ein. (Frankfurter Rundschau, 8.1.77).

Diese Forderung ist sicherlich zu unterstützen, um den Beamten das Streikrecht zu verschaffen; hinzu sollte aber auch die Forderung nach einer Ausdehnung beamtenrechtlicher Arbeitsplatzsicherung und Altersversorgung auf Arbeiter und Angestellte treten.

Dem Einwand, daß Länder und Gemeinden jetzt schon kaum noch ihre Personalkosten aus ihren Einnahmen bestreiten können und daher eine "Eindämmung der Kostenexplosion im öffentlichen Dienst" nötig sei, sollte die Arbeiterbewegung mit Hinweis auf den Bundeshaushalt 1977 begegnen:

Die Regierung kürzt den Sozialhaushalt um 0,8 Mrd. DM von 58,5 auf 57,5 Mrd. DM, was bei einer Inflationsrate von etwa 7% einer realen Kürzung um 7% entspricht. Der Bundeswehrhaushalt steigt dagegen um eine weitere halbe Milliarde auf die astronomische Summe von 52,5 Mrd. DM. Eine ebenso hohe Summe wird in Form von Subventionen an die Privatwirtschaft verschleudert.

Es kann nicht Aufgabe der Arbeiterbewegung sein, im Chor der reaktionären Attacken auf das Beamtentum als Ganzes mitzusingen. Diese Kampagnen haben das Ziel, unter dem Deckmantel von Angriffen auf besonders gut gestellte und über-

## GEMEINSAMER KAMPF

müßig entlohnte hohe Beamte die arbeitende Bevölkerung zu spalten und dadurch sorgfältig geplante schwerwiegende Kürzungen der Staatsausgaben im sozialen Bereich zu erleichtern.

Es ist auf der anderen Seite sicherlich unbestritten, daß öffentliche Gelder in riesigem Ausmaß verschwendet werden.

Es ist in Ministerien und anderen Behörden gang und gebe, Planstellen für die oberen Besoldungsgruppen zu genehmigen, die gar nicht benötigt und auch nicht besetzt werden. Damit sollen mehr Beförderungen möglich werden, weil die Zahl der Beförderungen sich nach dem genehmigten Stellen-Soll, nicht nach den tatsächlich besetzten Stellen bemittelt.

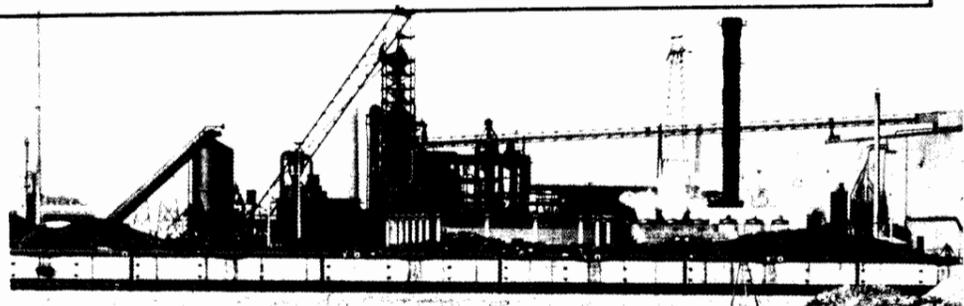
Eine von den Gewerkschaften demokratisch gewählte Untersuchungskommission sollte entscheiden, wo echte Einsparungen möglich sind.

Sehen wir von den allerhöchsten Staatsdienern ab, die eine sozialistische Bewegung aufs schärfste bekämpfen werden, wird die Mehrzahl der beamteten Arbeitnehmer (z.B. Eisenbahner, Briefträger und Lehrer) sicherlich an die aktive Arbeiterbewegung in den bevorstehenden Kämpfen gegen den Abbau der öffentlichen Einrichtungen heranzuziehen sein.

Schon 1920 erwiesen sich die Beamten als hartnäckige, ja sogar aufopferungsbe-reite Kämpfer Seite an Seite mit der organisierten Arbeiterklasse. Während des reaktionären Kapp-Putsches legten die Beamten den Verwaltungsapparat des Staates lahm und streikten geschlossen mit. Am Ende des Generalstreiks standen sie sogar auf dem linken Flügel und traten gegen eine vorzeitige Beendigung des Streiks ein.

Allein die Tatsache, daß heute rund die Hälfte aller Beamten schon in DGB-Gewerkschaften organisiert sind, ist ein ermutigendes Zeichen.

# VORAN



## ARBEITSPLATZ- VERNICHTUNG IN HAMBURG

Ulla Teichmann  
Hamburg

Die größte Arbeiterdemonstration in Hamburg seit 15 Jahren (abgesehen vom 1. Mai) fand am 26. Januar statt. 15000 Arbeiter und Angestellte demonstrierten gegen die Vernichtung von insgesamt 90 000 Arbeitsplätzen in Hamburg seit 1965.

Erschreckende Berichte über die übermäßig zunehmende Arbeitslosigkeit in Hamburg gingen im letzten halben Jahr durch alle Hamburger Zeitungen. Schuld daran sind nicht zuletzt die Entlassungen bei den Hafnarbeitern (4000 Arbeiter verloren in den letzten neun Jahren dort ihren Arbeitsplatz), in der Metallindustrie (26 000 in fünf Jahren) und auf den Werften (an die 6 000). Die Zahl der in der Industrie Beschäftigten ging 1976 in Hamburg um 3,4% zurück - mehr als im Bundesdurchschnitt, wo 0,9% der industriellen Arbeitsplätze abgebaut wurden. Der DGB befürchtet, daß die erwartete Krise im Schiffbau Norddeutschland zu einem industriellen Notstandsgebiet machen wird! (Hamburger Morgenpost 14. 2. 77).

Auch im Bereich der Bauarbeiter sieht es düster aus: Zehntausende verloren in dieser Branche ihren Arbeitsplatz. Gespart wird auch im öffentlichen Dienst (irgendwo muß man ja auch die Gelder für Industriesubventionen herbekommen!) - dort ist geplant, 10 000 Beschäftigte zu entlassen. Zur Zeit gibt es insgesamt 28 000 Arbeitslose in Hamburg. Vorhersagen bis 1985 sprechen von weiteren 40 000 verlorenen Arbeitsplätzen!

### GEWINNE

Auf der einen Seite stehen also 28 000 Arbeitslose, die Mühe haben, mit der Arbeitslosenunterstützung ihre Familie zu ernähren, vorausgesetzt, sie bekommen sie! Ein Großteil der Arbeitslosen gehört zu den Jugendlichen, die noch nicht im Arbeitsprozess gestanden haben und daher ohne Anrecht auf Unterstützung sind. Sie bleiben weiterhin von elterlicher Hilfe abhängig, häufig mit dem Gefühl faul oder gar minderwertig zu sein.

Auf der anderen Seite waren die Unternehmensgewinne und Umsätze in den letzten Jahren gestiegen: Auf den Hamburger Werften, wo in den letzten zehn Jahren ca. 6000 Menschen entlassen wurden, erreichte man Umsatzsteigerungen von 82%. Im Metallbereich, wo 30% der Belegschaft rausgeworfen wurden, steigerte sich der Umsatz innerhalb von zehn Jahren auf das Doppelte. Bei MAN, wo kürzlich 300 Beschäftigte den Hut nehmen mußten, stieg der Umsatz seit 1971 um ein Drittel! usw...

"Planungen" des Senates oder der Wirtschaftsbehörde, die diese Entwicklungen zu behindern scheitern kläglich: Von Entlassungen in Betrieben erfahren sie oft erst nachträglich aus der Presse, so daß es dann "zu spät" ist, etwas dagegen zu tun. Abgesehen davon, daß der Senat auch gar nicht viel in unserem

System dagegen tun kann, denn die Industrie plant hier, sonst keiner! Aussiedlungsversuche von Industrie mit größeren Lockgeschenken waren auch, wie das Beispiel Reynolds zeigt, ohne Erfolg gewesen. Wenn alle gegenwärtigen Verhandlungen Erfolg hätten, wären sie nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Unsere gewählten Vertreter haben in unserem Gesellschaftssystem ebensowenig zu bestimmen, wenn es gegen die Unternehmerinteressen gehen soll! Die Interessen einer Minderheit (der Unternehmer) werden hier erbarungslos durchgesetzt, wogegen aber die Rechte der Mehrheit im Kapitalismus nicht geschützt werden können! Z. B. das "Recht auf Arbeit"

### SOLIDARITÄT

Die Macht, die hinter einer Mehrheit steht und die, wenn sie mit Solidarität einhergeht, auch Erfolge erringen kann, zeigte sich an der Still-GmbH in Hamburg. Dort fanden, je nach Profitsituation des Unternehmens ständig Wechselbäder von Entlassungen, Kurzarbeit und Überstunden statt, bis es der Belegschaft zu bunt wurde. Über den Betriebsrat forderten die Kollegen Neueinstellungen und die Garantie auf einen sicheren Arbeitsplatz. Diese Forderungen wurden durch Druckmittel der Arbeitnehmer, wie z. B. keine Überstunden mehr zu machen, teilweise durchgesetzt. Hieran zeigt sich, wer eigentlich auf wen angewiesen ist: Die Besitzer nämlich auf die Arbeitnehmer - und nicht umgekehrt! Die Arbeitnehmer könnten ohne weiteres einen Betrieb selbst übernehmen und den Besitzer überflüssig machen.

### FORDERUNGEN

Diese Macht, die hinter uns, hinter allen Beschäftigten steht, müssen wir ausnutzen lernen und einsetzen: Warum sollen nicht alle davon etwas haben, daß durch Rationalisierungen Arbeitszeit eingespart werden kann? Daher sollten die Hauptforderungen sein: Verteilung der Arbeit auf Alle! Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich. Offenlegung aller Geschäftsbücher der Firmen, die Entlassungen durchführen! Verstaatlichung der Firmen, die unsere Geschäfte nicht in unserem Interesse leiten können! Für eine sozialistische Planwirtschaft unter Arbeiterkontrolle!

## SPENDET FÜR VORAN!

VORAN ist eine Zeitung mit einer sozialistischen Perspektive, sie kämpft für die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und Banken und für eine demokratisch geplante und gelenkte Wirtschaftsordnung. Daß sie keine reichen Geldgeber hat liegt auf der Hand.

Wie Ihr schon aus den letzten Ausgaben von VORAN entnehmen konntet, haben wir einen Kampffond eingerichtet, auf dem alle Spenden gesammelt werden.

VORAN ist auf Spenden der Leser angewiesen, da sie aus diesen und den Verkaufserlösen getragen wird. Um die Zeitung fertigzustellen, benötigen wir außer Papier und Schreibmaschine noch Material wie zum Beispiel: Büroartikel, Fotoapparate und einen neuen Lay-Out-Tisch.

Solltet Ihr Ideen haben, wie man die Spendenbeträge noch erhöhen kann, laßt uns dies wissen. WIR RUFEN ALLE LESER AUF, SICH AN DER SPENDENAKTION FÜR VORAN ZU BETEILIGEN.



Postcheckkonto Angela Bankert,  
Postcheckamt Essen,  
Kontonummer 242250432

## ATOMKRAFTWERKE

FORTSETZUNG VON S. 1

Diese Großkonzerne haben schon seit Beginn der Kerntechnik in diesen Bereich investiert, um ihre Existenz fortführen zu können, falls das Öl zur Neige geht. Sie waren dabei jedoch nur am Profit interessiert, ohne die Folgen für Leben und Gesundheit aller Menschen zu bedenken. Bedarf es eines schlagenden Beweises, daß wir die Energieproduktion endlich aus den Händen der wenigen Großkonzerne nehmen müßten? Oder sollten wir warten, bis sie uns alle zugrunde gerichtet haben?

### ALTERNATIVE

Die einzige Alternative zu diesem Chaos ist ein sozialistischer Energieplan. Die Energiekonzerne müssen unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung verstaatlicht werden. Im Rahmen eines Gesamtplanes der Produktion - nicht nur in der BRD, sondern in ganz Europa - könnten genügend Mittel für die Erforschung alternativer Energieformen (wie der Sonnenenergie) zur Verfügung gestellt

werden; dann wäre die Energieversorgung der Menschlichkeit auf Jahrtausende hinaus gesichert.

Solange die Bewegung gegen die KKW nur auf die Forderung "Stoppt den Bau von KKW!" beschränkt bleibt, grenzt sie an die alte Maschinenstürmerei, der kein Erfolg beschieden war. Jungsozialisten müssen in diese Bewegung mit den o.g. Forderungen eingreifen. Nur dadurch können sie eine Mehrheit für ihre Politik gewinnen und nicht durch die Anpassung ihrer Politik an die Gefühle der Mehrheit. Die einzige Kraft, die diese Politik durchsetzen kann, ist die organisierte Arbeiterbewegung.

Sofortiger Baustopp aller KKW und Wiederaufbereitungsanlagen!  
Verstaatlicht die Energiekonzerne unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung!

Für eine sozialistische Energiepolitik im Rahmen eines demokratischen Plans der Gesamtproduktion!

### STRAHLUNG

Jedes KKW gibt über Schornsteine usw. auch im störungsfreien "Normalbetrieb" radioaktive Stoffe an die Umwelt ab. Zwar wird immer behauptet, daß diese Stoffe in der Atmosphäre derart verdünnt werden, daß sie keine Gefahr mehr für Leben und Gesundheit darstellen. Die lebenden Organismen haben jedoch die Eigenschaft, bestimmte Stoffe in die Gewebe einzubauen und dort abzulagern, so daß sie sich im Laufe der Jahre stark anhäufen, z. B. wird eine radioaktive Form des Strontium in den Knochen angesammelt. Diese Stoffe können in menschlichen und tierischen Organen auf eine Konzentration ansteigen, die das Millionenfache der Umgebungskonzentration übersteigt.

### UNFÄLLE

Trotz jahrhundertelanger Erfahrung kann die Technik heute noch keine absolut dichten Wasserrohrleitungen und -ventile bauen. In der Tat ist es schon mehrmals zu Zwischenfällen in KKW gekommen, bei denen radioaktiver Dampf aus zerstörten Rohrleitungen geströmt ist. Dies ist jedoch nur eine Möglichkeit von unzähligen, wie es zu Unfällen kommen kann. Da zählen auch die Argumente nicht, daß die Sicherheitsmaßnahmen bei der Kerntechnik die schärfsten aller Industriezweige darstellen. Sie haben bisher noch nie irgendwelche Zwischenfälle verhindert. Fast jedes KKW auf der ganzen Welt blickt schon auf eine Geschichte "kleiner" Zwischenfälle zurück, die auch Todesopfer bei den Beschäftigten, Arbeitern und Technikern zur Folge hatten.

### ABWÄRME

Jedes (Kern)kraftwerk kann nur einen gewissen Teil der erzeugten Energie in Elektrizität umwandeln. Fast 2 Drittel der Energie werden als "Abwärme" in die Umwelt geblasen. Diese Aufheizung der Umwelt kann für die Natur sehr gefährlich werden. Sie verändert das sogenannte "Mikroklima" der Umgebung und führt z. B. zu verstärkter Nebelbildung. Die Erwärmung der Flüsse führt letztlich zur rapiden Abnahme des Sauerstoffgehalts des Wassers; Gewässer fangen an zu faulen und "umzukippen" sie verwandeln sich

### SCHROTT

Bei manchen Arten von Kernkraftwerken entstehen hochgiftige und stark radioaktive Abfälle. Diese können durch keine Methode entgiftet werden. Man kann nur abwarten, bis sie - entsprechend physikalischen Gesetzen - nach einer Periode von selbst zerfallen sind. Manche dieser Abfallstoffe brauchen für einen Zerfall allerdings 100000 Jahre! Während der Zeit müssen sie "sicher" gelagert und laufend überwacht werden - ein Vorgang, bei dem während der ganzen Zeit kein Fehler passieren darf, da sonst eine Katastrophe droht! Alle KKW.e haben - wie jedes Industrieprodukt - nur eine begrenzte Lebensdauer. Sie beträgt im allerhöchsten Fall 20-30 Jahre. Danach müssen sie stillgelegt und verschrottet werden. Doch gerade diese Verschrottung von 1000en von Tonnen schwach radioaktiven Materials ist bis heute ungelöst. Die KKW.e wurden gebaut ohne daß man weiß, wie man das Zeug später wieder loskriegt!

## In eigener Sache

Um zukünftige Mißverständnisse auszuräumen, weisen wir darauf hin, daß von Gewerkschaftsmitgliedern in VORAN unterzeichnete Artikel nicht unbedingt die Meinung des jeweiligen Gewerkschaftsvorstands oder der Gewerkschaft insgesamt wiedergeben.

SCHREIBT AN VORAN!  
VORAN ist für jede Kritik und Anregung aller Leser dankbar. Schreibt an die Redaktion und sagt ganz offen, was Euch noch nicht gefällt oder was wir noch besser machen könnten.

## ABONNIERT VORAN

### ICH MÖCHTE VORAN ABONNIEREN

und habe DM 7,- auf das Postscheckkonto H. G. Öfinger, Postscheckamt Essen, Nr. 170-20-433 überwiesen. (Abopreis für 6 Ausgaben)

### ICH MÖCHTE WEITERES INFORMATIONSMATERIAL

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Postfach/Vorname: \_\_\_\_\_

# ND 1917

und Sozialrevolutionäre: Unterstützung der Provisorischen Regierung "insofern sie gegen Reaktion und Konterrevolution kämpft."

Die selben verräterischen Formeln werden heute von den KP-Führern benutzt, um ihre Klassenkollaboration zu rechtfertigen: "Wir unterstützen Spínola insofern er gegen Caetano ist."

"Wir unterstützen die spanischen Monarchisten insofern sie für die Demokratie sind."

"Wir unterstützen die chilenischen Generäle insofern sie den Willen des Parlaments respektieren." Etc., etc.

Genau diese Argumente wurden von Stalin und Kamenew 1917 gegen Lenin benutzt, der sie als Verrat an der Revolution bezeichnete. "Sogar unsere Bolschewiki", sagte Lenin, "beweisen Vertrauensseligkeit gegenüber der Regierung. Das kann man nur mit dem Rausch der Revolution erklären. Das ist der Zusammenbruch des Sozialismus... Wenn dem so ist, trennen sich unsere Wege. Dann bleibe ich lieber in der Minderheit." (Werke Bd. 50)

Die Logik der Position von Stalin und Kamenew war die totale Liquidierung der revolutionären Arbeiterpartei. In der Tat hatten sie sogar an Diskussionen mit den Menschewiki und Sozialrevolutionären im Hinblick auf eine Vereinigung teilgenommen! Dazu kommentierte Lenin:



"Ich höre, daß in Rußland eine Vereinigungstendenz besteht, eine Vereinigung mit den Landesverteidigern, - das ist Verrat am Sozialismus. Ich glaube, es ist besser, allein zu bleiben, wie liebknecht. Einer gegen 116!" (ebd.)

Auf der berühmten April-Konferenz der Bolschewistischen Partei wurden Lenins Thesen mit großer Mehrheit angenommen, und die Partei orientierte sich nun auf die Eroberung der Macht.

Den selbstgefälligen Reformisten in der Sowjet-Führung schien es, als sei Lenin ein wildgewordener Irrer, dessen Politik seine Partei zu einer bedeutungslosen Sekte reduzieren würde. Doch in Wahrheit war Lenins Programm, das Trotzki vor seinem Anschluß an die Bolschewistische Partei ebenfalls befürwortete, das einzige, das den Bedürfnissen der Massen entsprach.

## DROHENDER GEGENSCHLAG

Im Februar waren die Arbeiter und Bauern (in Gestalt der Armee) stark genug gewesen, die Macht zu ergreifen, aber nicht, sie zu halten. Dank des Verrats der reformistischen Führer konnte die Bourgeoisie an entscheidenden Hebeln der Macht festhalten. Hinter der Fassade der Provisorischen Regierung (die gezwungenermaßen Zugeständnisse machte und demo-

kratische Rechte unter dem Druck der Massen gewährte, die aber nicht in der Lage war, irgendwelche der grundlegenden Probleme der Arbeiter und Bauern anzugehen) bereiteten die liberalen Kapitalisten und "demokratischen" Generäle einen Gegenschlag vor.

Während die Menschewiki und Sozialrevolutionäre die Massen mit der "Einheit des revolutionär-demokratischen Lagers" einlullten, entlarvten Lenin und die Bolschewiki unaufhörlich den Klassencharakter der Regierung und warnten vor der drohenden Katastrophe. Unter den Parolen "Entlaßt die 10 kapitalistischen Minister" und "Alle Macht den Räten" riefen die Bolschewiki die reformistischen Arbeiterführer, die in die zweite Provisorische Regierung eingetreten waren, auf, die Koalition zu zerbrechen und die Macht zu übernehmen.

Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre genossen zu jener Zeit so große Unterstützung, daß sie dies friedlich hätten tun können und der Gesellschaft das Elend und Blutbad des Bürgerkriegs hätten ersparen können. Die Weigerung der Reformisten, die Macht zu übernehmen, gab der Bourgeoisie die Zeit, die sie brauchte, um ihre Kräfte für die unvermeidliche Reaktion zu sammeln. Die Niederschlagung

Hätte es die Bolschewiki und das Heldentum der russischen Arbeiter nicht gegeben, wäre die Revolution damals einer faschistischen Diktatur gewichen. Doch durch eigene Erfahrung begannen die Massen zu begreifen, daß nur das von den Bolschewiki vertretene Programm ihre grundlegenden Probleme lösen konnte. Sehr schnell verlor die alte menschewistisch-sozialrevolutionäre Führung ihren Einfluß. Die Bolschewiki gewannen die Mehrheit in den Sowjets, und im Oktober, nur 9 Monate nach dem Fall des Zarismus, lag die Macht fest in der Hand der Arbeiter.

Die Lehren der Russischen Revolution besitzen Schlüsselfunktion für die sich entwickelnde Revolution auf der Iberischen Halbinsel. Wieder einmal zeigten und zeigten die Arbeiter und Bauern ihre große Kraft beim Umsturz eines grausamen Regimes. Wiederum werden sie durch die Politik des Reformismus und der Klassenkollaboration ihrer Führung gelenkt. Der Sturz Caetanos war nur ein Vorspiel zu den dramatischen Ereignissen, die sich jenseits der Grenze in Spanien anbahnen. Zur Zeit wird die Portugiesische Revolution in die Bahnen der "bürgerlichen Demokratie" gelenkt.

Große Siege wurden dank der Bewegung und dem Druck der Massen errungen. Aber solange das Land in den Händen der Großgrundbesitzer bleibt und Banken und Fabriken den Kapitalisten gehören, wird keine der drückenden Probleme gelöst werden können. Arbeiter und Bauern sind praktische Leute. Sie werden den Erfolg der "Demokratie" daran messen, ob sie ihr Schicksal verbessern kann. Die Politik der KP- und SP-Führer, wie die der russischen Menschewiki, kann nur zu Hoffnungslosigkeit und Reaktion führen, schlimmer als zuvor. Ihr Verrat macht Blutvergießen unvermeidlich, wenn nicht die Marxisten bei den portugiesischen und spanischen Jungsozialisten rechtzeitig die Mehrheit der sozialistischen und kommunistischen Arbeiter für das Programm einer Arbeiterdemokratie gewinnen können, die allein den Ausweg zeigen kann aus dem Alptraum von Armut, Krankheit und Unterdrückung, dem einzigen, was das bankrotte System des Kapitalismus dem spanischen und portugiesischen Volk zu bieten hat.

# FRANCO

# UND DER SPANISCHE FASCHISMUS

Heinz Thielmann

Besorgt blicken die Vertreter des Kapitals - sowie Strategen der Bürokratie im Ostblock auf die iberische Halbinsel. In Portugal wurde die Diktatur von Caetano mit einem Schlag weggefegt - die portugiesischen Massen traten zum ersten Mal seit fast einem halben Jahrhundert zu Millionen auf die politische Bühne.

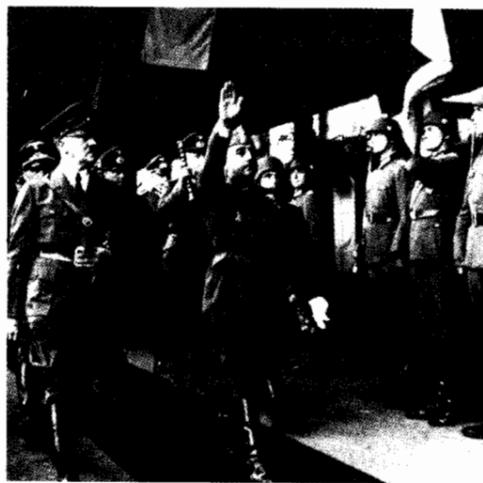
Doch die Auswirkungen der - jetzt auch noch so verzerrten - portugiesischen Revolution werden von den Ereignissen in Spanien in den Schatten gestellt werden. Die Arbeiterklasse macht in Spanien mehr als die Hälfte der Bevölkerung aus. Unzählbare heldenhafte Kämpfe seit sogar noch vor Francos Tod und trotz aller repressiven Maßnahmen des Regimes schrecken die Kapitalisten auf europäischer und sogar Weltenebene auf. Denn sie erkennen klar, daß eine sozialistische Revolution in Spanien weltweite Auswirkungen vor allem in Portugal, Frankreich, Lateinamerika und Italien haben würde.

Wir wollen uns in den nächsten Ausgaben eingehend mit der Lage in Spanien befassen. Wir bringen hier den ersten Teil eines Artikels über den spanischen Faschismus, weil dies unentbehrlich ist zum Verständnis der jetzigen Situation und der darauffolgenden Perspektiven.

Francisco Franco, "Generalissimo" und von eigenen Gnaden "Caudillo", wird in die Geschichte eingehen als der Mörder der spanischen Revolution von 1936-39 und als der Diktator, der über 30 Jahre die totalitäre Herrschaft dem spanischen Volk auflegte. Als Führer des nationalistischen Aufstands gegen die Volksfrontregierung war er für den Tod einer Million Spanier verantwortlich, die im Bürgerkrieg und in der nachfolgenden Unterdrückungswelle umgebracht wurden.

Franco war ein Faschist und, gemessen an der Dauer seiner Herrschaft, der erfolgreichste der faschistischen Diktatoren, die als Folge der Niederlagen der Arbeiter in den zwanziger und dreißiger Jahren an die Macht kamen. Jedoch war er, im Gegensatz zu Mussolini und Hitler, kein kleinbürgerlicher Emporkömmling, der sich nach einer dunklen und ungebührlichen Karriere an die Macht emporhob, indem er auf demagogische Weise Massenunterstützung von den hysterisch gewordenen Mittelschichten erreichte. Franco war das vollendete Erzeugnis der spanischen Offiziersklasse, die eng an die traditionelle herrschende Klasse gebunden war, unnachgiebig Veränderungen ablehnte und den Arbeitern, Landarbeitern und landhungrigen Bauern äußerst feindlich gegenüberstand.

1917 stand der 25jährige Franco zum ersten Mal den spanischen Arbeitern gegenüber, als er den Streik der asturischen Bergarbeiter mit über hundert Todesopfern unterdrückte. Nach weiteren "Großtaten" in Marokko wurde Franco 1926 an der Spitze einer weitgehend aus sozial Geächteten bestehenden Kolonialarmee zum jüngsten General der spanischen Armee. 1934, während der "Bienio Negro" (zwei schwarzen Jahren), als die Republik sich in den Händen der Rechten befand, unterdrückte Franco nochmals einen Aufstand der asturischen Bergarbeiter, diesmal mit Tausenden von Toten und Verwundeten. Diesen Krieg beschrieb er als "einen Frontenkrieg gegen den Sozialismus und den Kommunismus und anderen Kräften, die die Zivilisation angreifen, um sie mit der Barbarei zu ersetzen". Seine Position war ganz klar.



## VERSCHWÖRUNG

Die Wahl der Volksfrontregierung im Mai 1936 als Ausdruck einer Welle der Massenradikalisierung hatte zur Folge, daß Franco und andere reaktionäre Generäle an isolierte Kommandostellen versetzt wurden, Franco beispielsweise auf die kanarischen Inseln. Die schwachen Maßnahmen der Regierung aber konnten es nicht verhindern, daß Franco und die anderen eine rechte Verschwörung innerhalb der Armee organisierten und den günstigsten Augenblick für einen Putsch abwarteten. Der Aufstand der marokkanischen Armee unter General Mola im Juli war das Signal. Franco schloß sich dem Aufstand an: Innerhalb zwei Monaten war er Generalissimo und Führer vom "nationalistischen" Spanien.

Franco's Erfolg war nicht der Stärke der Rechten, sondern der katastrophalen Politik der Führer der Massenparteien der Arbeiterklasse zuzuschreiben. Hätten die Arbeiterführer nicht ihr Vertrauen den bürgerlichen Parteien der Volksfront geschenkt, und hätten die Arbeiter nicht ihren Führern zu viel Vertrauen geschenkt, dann hätte die Arbeiterklasse, die sich begeistert für die Regierung erhob, das ganze Land leicht in die eigene Hand nehmen können. Franco wurde selbstverständlich von den Großgrundbesitzern, den Banken und den großen Industriellen unterstützt. Aber eine breite Unterstützung durch das Volk fehlte ganz offensichtlich. Eine Söldnerarmee aus Mohren und massives Eingreifen vom ausländischen Faschismus waren von Anfang an nötig, wenn der Faschismus siegen sollte. Später wurde die "Falange", die nach dem Muster der Organisationen von Hitler und Mussolini aufgebaut wurde, benutzt, um "populäre" rechte Unterstützung, hauptsächlich von den Mittelschichten, zu rekrutieren. Diese wuchs von 75.000 am Anfang des Krieges auf fast eine Million 1939 an. Doch blieben Franco und seine Hintermänner immer mißtrauisch gegenüber den "revolutionären", demagogischen "antikapitalistischen Elementen" der falangistischen Propaganda.

## INTERNATIONALE BRIGADEN

Obwohl Tausende von Arbeitern von vielen Ländern sich freiwillig meldeten, um für die Republik in den internationalen Brigaden zu kämpfen, lehnten es die Arbeiterführer ab, die entscheidende Massenunterstützung für die spanische Revolution zu mobilisieren. DIE ARBEITERFÜHRER IN FRANKREICH, GROSSBRITANNIEN UND ANDEREN LÄNDERN VERSTECKTEN SICH HINTER DER POLITIK DER "NICHT-EINMISCHUNG", UND BEHAUPTETEN, DASS EINE EINMISCHUNG IN DIE DEMOKRATIEN EINEN VORWAND FÜR DIE EINMISCHUNG DER FASCHISTISCHEN MÄCHTE GEBEN WÜRDE - ALS OB DIESE EINEN VORWAND BRAUCHTEN!

Was die Sowjetunion betraf, so führte Stalins konservative Politik des "Sozialismus in einem Land" zu einer Politik der Annäherung an die westlichen Mächte. Stalin wollte also die Situation in der Republik auf Basis eines "demokratischen" Kompromisses mit den bürgerlichen Parteien stabilisieren. Weil die republikanische Seite dringend russische Waffen brauchte, setzte sich die Politik der russischen Bürokratie durch. Der Kampf wurde immer mehr auf rein militärische Basis geführt und die soziale Revolution auf

unbestimmte Zeit verschoben - eine tödliche Politik für die Arbeiterklasse. Die russischen Führer lieferten genug Waffen, um den Kampf fortzusetzen, aber nicht genug für einen entscheidenden Sieg. Durch die Kontrolle der russischen Militärberater und der Geheimpolizei übernahm die republikanische Regierung viele Züge von Stalins eigenem totalitären Regime.

## ÜBUNG FÜR WELTKRIEG

Auf der anderen Seite waren sich Hitler und Mussolini der Wichtigkeit Francos Sieg für ihre eigene Position wohl bewußt. Mussolini schickte über 25.000 italienische Truppen, um für Franco zu kämpfen, und ungeheure Mengen von Waffen. Hitler schickte Berater, Waffen, Versorgungen und das "Kondor-Geschwader", eine Streitkraft von hundert Flugzeugen, die durch den Bombenangriff auf Guernica berüchtigt wurde. Für die faschistischen Regimes war der spanische Bürgerkrieg ein Übungsfeld für den zweiten Weltkrieg, der durch die Niederlage der spanischen Arbeiter unvermeidlich wurde. Franco nahm die Unterstützung der Achsermächte dankbar an, gab aber seinerseits wenige Versprechen. Unter dem Druck Hitlers entsandte Franco die "Blaue Division", um für die Nazis an der russischen Front zu kämpfen, exportierte er große Mengen Wolfram (für Wolframstahl) nach Deutschland und unterstützte im allgemeinen die Kriegsbemühungen der Nazis, jedoch ohne daß er so weit ging, den Alliierten den Krieg zu erklären.

Später als er spürte, daß sich der Krieg gegen Hitler wandte, begann Franco, durch das pro-britische faschistische Regime Salazars in Portugal, eine Vereinbarung mit dem britischen Kapitalismus zu suchen. Nach dem Krieg wurde Francos Regime von den Führern der "westlichen Demokratien" allgemein verurteilt. Spanien wurde aus den Vereinten Nationen und der NATO ausgeschlossen. Aber die Hoffnungen der spanischen Arbeiter, daß die britische Labourregierung zu Maßnahmen greifen würde, um den spanischen Faschismus zu stürzen, wurden schwer enttäuscht. Die formelle Verurteilung der Diktatur durch die westlichen Regierungen wurde von der ständigen, wenn auch vorsichtigen Entwicklung diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen begleitet. Franco wollte aus dem Krieg auf Seiten des Gewinners hervortreten.

Wird fortgesetzt.